

# Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Die Komödie von Leipzig

Wie das Preußenbollwerk fiel —  
Sie haben alle nur einen Feind: den Kommunismus!

Der Prozeß um die Vorgänge des 20. Juli, der gestern vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig begonnen hat, wird kaum für die weitere Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland unmittelbare Bedeutung gewinnen. Trotzdem verdient dieser Prozeß — das zeigt schon der Verlauf des ersten Verhandlungstages — das größte Interesse der Öffentlichkeit und vor allem der deutschen Arbeiterschaft. Hier wird ein Anschauungsunterricht über das Wesen des politischen Kampfes erteilt, wie man ihn selten in solcher Eindringlichkeit genießen konnte.

Die Vertreter der Regierung von Papen sind in einer staatsrechtlichen Position, die juristisch gesehen, unbedingt zu ihrer Niederlage führen müßte — wenn es nach Recht und nicht nach Macht ginge! So wie die Reichsregierung in den vergangenen Monaten keine stichhaltige Begründung für den Sitzenstreik vom 20. Juli vorbringen konnte, so hat sie auch jetzt kein überzeugendes

Material zur Hand. Es ist ein Beweis für die Schwäche ihrer sachlichen Argumente, daß sie mit persönlichen Angriffen und Verdächtigungen gegen die früheren Minister Braun und Severing arbeiten muß, wobei es besonders bemerkenswert ist, daß diese Behauptungen der Reichsregierung in dem schriftlichen Material zu diesem Prozeß nicht enthalten waren. Die Reichsregierung will Ueberwachungsenergie erzielen, weil sie weiß, daß ihre sachliche Position schlecht ist. So wenig wir Veranlassung haben, Männer wie Braun und Severing zu verteidigen, so sehr muß doch dieses Vorgehen der Reichsregierung festgenagelt werden.

Und nicht minder interessant ist die Offenheit, mit der die Vertreter der Reichsregierung es aussprechen, daß KPD und NSDAP auf keinen Fall mit gleichem Maß gemessen werden dürften. Selten ist in der Republik, in der man ja im allgemeinen die verhüllende Umschrei-

bung liebt, so deutlich gesagt worden, daß, wenn zwei politische Parteien dasselbe tun, es doch durchaus nicht dasselbe sei — selten ist mit solcher Kraft die Duldung und Unterstützung für die Nationalsozialisten und der Vernichtungskampf gegen die Kommunisten von höchster amtlicher Stelle zugegeben worden. Auch hierin liegt eine wertvolle Lehre aus diesem Prozeß.

Aber viel wichtiger noch ist es für die Arbeiterklasse, die Argumentation der Männer zu beachten, die die Regierung Braun-Severing und die preußische Landtagsfraktion vertreten. Die Herren Brecht, Badt und Heller haben nur ein Bestreben, nämlich nachzuweisen, daß

**Braun, Severing und Grzesinski die schärfsten Gegner und erbittertesten Bekämpfer der KPD**

gewesen seien. Diese Feststellungen sind gewiß nicht neu, aber mit welcher Privolität hier diese Dinge zugegeben und gerühmt werden, das verdient unser höchstes Interesse, das wird manchem sozialdemokratischen Arbeiter zu denken geben und Aufklärung über die Rolle der sozialdemokratischen Führung schaffen helfen. Auch für die ganz offensichtlich jetzt stattfindenden inneren Auseinandersetzungen in der SPD wird dieser Prozeß reiches Material liefern, und manchem sozialdemokratischen Genossen und Funktionär werden in tiefstem Erschrecken die Augen aufgehen.

Wenn die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof diesen Prozeß in den Reihen der Arbeiterbewegung fördert, wenn sie auf diese Weise bei der Ueberwindung des Reformismus mithilft, so hat sie eine Funktion erfüllt, von der sich die Ministerialdirektoren und Professoren, die jetzt dort miteinander streiten, nichts träumen lassen. Unsere Aufgabe ist es, alles zu tun, um die im Anschluß an diesen Prozeß in der Arbeiterschaft entstehende Diskussion in unserem Sinne vorwärts zu treiben und weiter zu führen.

Den ausführlichen Bericht über den Gang der Verhandlungen finden unsere Leser auf der zweiten Seite.

## Severing und der 20. Juli

Von Max Köhler.

Am Montag begannen in Leipzig die Verhandlungen über die Vorgänge am 20. Juli. Für die weitere politische Entwicklung ist der Ausgang dieser Verhandlungen von untergeordneter Bedeutung. Die Entwicklung ist längst über den 20. Juli hinweggegangen. Desto bedeutender sind die Lehren für die Arbeiterschaft.

Der 20. Juli hat in den Reihen der sozialdemokratischen Anhänger große Enttäuschung hervorgerufen. Wie eine Seitenblase ist die Politik des Parteivorstandes um deretwillen den Mitgliedern der Abbau der sozialen Rechte unter der Koalitions- und Tolerierungspolitik schmackhaft gemacht wurde, geplatzt. Alle Opfer waren von den sozialdemokratischen Mitgliedern für umsonst gebracht worden, kampflös hat der Parteivorstand das sozialistische „Bollwerk“ geräumt.

Die wachsende Opposition in der Sozialdemokratie als Folge der bankrotten Politik des Parteivorstandes hat Severing veranlaßt, in einer Lichtenberger Mitgliederversammlung am 5. Oktober ausführlich über die Gründe seiner Politik am 20. Juli zu sprechen. Diese Rede ist das Eingeständnis des vollendeten Bankrotts der sozialdemokratischen Politik, und so lohnt es sich, die wichtigsten Stellen wiederzugeben. Wir zitieren aus dem „Vorwärts“ (Abendausgabe vom 6. Oktober 1932). Severing sagt:

„Auch aus parteigenössischen Kreisen ist uns gesagt worden, wir hätten am 20. Juli eine andere Taktik einschlagen sollen, wir hätten den Generalstreik proklamieren und die preußische Regierung hätte mit allen Machtmitteln Widerstand leisten sollen. Einmal wäre das eine glatte Verfälschung des Volkswillens vom 24. April gewesen und dann: wenn man den offenen Kampf aufnimmt, dann muß man mindestens ebenso stark sein wie der Gegner... Als ich in der Reichskanzlei erklärte, ich weiche nur der Gewalt, verließ ein Beamter das Zimmer. Wenige Minuten darauf war der militärische Ausnahmezustand verhängt, das Verfügungsrecht über die preußische Polizei ging auf den Militärbefehlshaber über. Reichsrecht bricht Landrecht. Und sollten wir nun einen aussichtslosen Putsch versuchen?“ Severing erklärt: „Nein, wir waren unterlegen.“

In seinem Schlußwort erklärte Severing, daß er nicht eine Minute vor der Unterredung in der Reichskanzlei am 20. Juli morgens auch nur hätte vermuten können, was geplant sei. (!) Am Tage zuvor habe er durch Ministerialdirektor Nobis bei Reichskanzler von Papen anfragen lassen, welchem Zweck die für den 20. Juli angesetzte Unterredung dienen soll.“

Diese Rede ist nicht nur ein Beispiel für die Unfähigkeit der reformistischen Politik, sie enthält vielmehr auch eine bewußte Unwahrheit gegenüber den bekannten Tatsachen. Im „Freien Wort“, dem sozialdemokratischen Diskussionsorgan, hat Heilmann selbst mitgeteilt, daß die Tatsachen, die sich am 20. Juli ereigneten, drei Tage vorher den sozialdemokratischen Parteivorstandspitzen bekannt waren. In den bürgerlichen Abendzeitungen wurde am 19. Juli der Zweck der Zusammenkunft schon eingehend klargelegt.

Auf die Argumentation Severings, daß man am 20. Juli nicht kämpfen konnte, weil man niedergeschlagen worden wäre, hat Karl Marx in seinem Buch „Revolution und Konterrevolution“ über die Vorgänge der

## Selbstkritik? Ausgeschlossen!

Wir berichteten gestern über den Verlauf des Berliner Bezirksparteitages der SPD und stellten fest, daß nach den Angaben des „Vorwärts“ dort eine ziemlich scharfe Kritik an der Politik der SPD geübt worden ist. In seiner Nr. 478 sieht sich der „Vorwärts“ gezwungen, noch einmal an der Spitze seiner Ausgabe auf diesen Bezirksparteitag einzugehen und zu erklären, daß dieser Bezirksparteitag gerade die Einigkeit der SPD bewiesen habe. Die Ziele der SPD bleiben die alten, meint der „Vorwärts“: Demokratie und Sozialismus.

Besonders interessant ist folgender Absatz aus dem „Vorwärts“-Artikel:

„So hat auch der Berliner Bezirksparteitag das Gesicht nach vorne gewandt und es abgelehnt, in einer Zeit drängender Zukunftsprobleme im Vergangenen zu kramen. Er hat nicht daran gedacht, die Gründe für die augenblickliche Macht der Reaktion bei der eigenen Partei zu suchen, wo doch die Schuld unserer Gegner, der Nationalsozialisten und der Kommunisten, an den gegenwärtigen Zuständen vor aller Augen liegt.“

Das ist ein Selbstbekenntnis, wie man es sich schöner nicht wünschen kann. Die sozialdemokratische Führung erklärt damit, daß sie trotz aller Mißerfolge nicht daran denkt, auch den eigenen Schuldanteil zu untersuchen und klarzustellen. Sie lehnt es ab, nach dem Worte Lassalles „Aussprechen, was ist!“ zu handeln, sie weigert sich, anzuerkennen, daß man für die Zukunft nur richtiger handeln kann, wenn man die Fehler der Vergangenheit erkennt und bekennt. Es bleibt also dabei: Selbstkritik ist in der SPD nach wie vor verpönt!

## Reichstagskandidaten der SPD

Berlin, 10. Oktober.

Die sozialdemokratische Wahlliste im Bezirk Hessen-Nassau wird wieder von Philipp Scheidemann geführt.

Stuttgart, 10. Oktober.

Die württembergische Sozialdemokratie bestimmte am Sonntag in einer Landesversammlung ihren Wahlvorschlag für die bevorstehende Reichstagswahl. Auf ihm sind verzeichnet: 1. Reichstagsabgeordneter Rofmann, 2. Reichstagsabgeordneter Dr. Kurt Schumacher, 3. Landtagsabgeordneter Ullrich,

4. Landtagsabgeordneter Weimer, 5. Redakteur Schuler.

Die bisherigen Reichstagsabgeordneten Keil und Hildenbrand werden nicht mehr kandidieren.

## Das gefährliche Spottgedicht

CNB. Berlin, 9. Oktober.

Eine von der „Roten Fahne“ veranstaltete öffentliche Versammlung in den Pharus-Sälen wurde kurz nach Beginn durch den Ueberwachungsbeamten aufgeleitet. Der Grund dazu wurde in dem Vortrag eines Spottgedichtes erblickt, in dem eine Verächtlichmachung der Reichswehr und der Reichsregierung aus Anlaß der Badeverordnung gesehen wurde. Der Vortragende wurde festgenommen und der politischen Polizei übergeben.

## Eröffnung des Dnjeprostroj

Gewaltige Krafterleistung des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR

Moskau, 10. Oktober.

Unter zahlreicher Beteiligung der sowjet-amtlichen Stellen fand heute die feierliche Eröffnung des Dnjepropetrowsker Großkraftwerkes „Dnjeprostroj“ statt.

Die Grundsteinlegung dieses Kraftwerkes fand vor etwa fünf Jahren, im November 1927, statt. Die volle Leistung des Kraftwerkes, das nach seiner Fertigstellung das größte Kraftwerk der Welt sein wird, beträgt 810 000 PS. Nach den Plänen soll diese Leistung bereits im kommenden Jahre erreicht werden. Gegenwärtig sind fünf Turbinen mit einer Gesamtleistung von 450 000 PS fertiggestellt. Diese Turbinen sind amerikanischer Fabrikat, während vier weitere Turbinen zu je 90 000 PS aus Sowjetwerken geliefert werden sollen.

An dem Kraftwerk arbeiteten durchschnittlich 30 000 Arbeiter; zeitweilig stieg die Zahl bis auf 50 000. Der zu dem Werk gehörige Damm ist 766 m lang. Der Wasserspiegel des Dnjepr-Oberlaufes wird durch ihn

um 43 m gehoben. Dadurch kommen die berühmten Stromschnellen 4 m unter den Wasserspiegel zu liegen, und der Strom ist nunmehr in seiner ganzen Länge schiffbar.

Die Moskauer Presse widmet der Eröffnung des Dnjeprostroj begeisterte Artikel. Das Werk wird als das „elektrische Herz“ der Ukraine bezeichnet. Die Betriebnahme des Werkes sei das Sinnbild der sozialistischen Industrialisierung und ein großer Sieg der Generallinie der Partei. Die Würdenträger der Sowjetunion haben aus Anlaß der Eröffnung Kundgebungen erlassen. Stalin bringt zum Ausdruck, daß es ihm leider aus Arbeitsgründen nicht möglich gewesen sei, persönlich an der Eröffnung teilzunehmen zu können. Molotoff bringt den Glückwunsch der Regierung zum Ausdruck, Worschiloff den der Roten Armee. Auch Maxim Gorki hat an die Arbeiterschaft des Werkes ein Telegramm gerichtet, in dem er ihr seinen Glückwunsch ausspricht.

484. Revolution schon die richtige Antwort gegeben

„Ob es im Beginn des November 1848 schon zu spät war, bewaffneten Widerstand zu versuchen, oder ob ein Teil der Armee, wenn er ernstlichen Widerstand fand, sich auf die Seite der Kammer geschlagen und auf diese Weise die Sache zu ihren Gunsten entschieden hätte, ist eine Frage, die wohl nie gelöst werden wird. Aber in der Revolution wie im Kriege ist es immer notwendig, dem Feinde die Spitze zu bieten, und der Angreifer ist im Vorteil; in der Revolution wie im Kriege ist es unumgänglich notwendig, im entscheidenden Moment alles zu wagen, wie die Chancen auch stehen mögen. Es gibt keine erfolgreiche Revolution in der Geschichte, die nicht die Wahrheit dieses Satzes bekundete.“

Daß Papen an einen so leichten Sieg am 20. Juli nicht glaubte, daß er vielmehr damit rechnete, daß die Sozialdemokraten Schwierigkeiten machen, beweist die Tatsache allein, daß er sofort den militärischen Belagerungszustand verhängte. Aber nichts passierte. Im Gegenteil, die Aktivität der sozialdemokratischen und besonders der Reichsbannerarbeiter wurde durch die feigen Kapitulationen dieser Kleinbürger um Braun-Severing unterdrückt, und freiwillig wurde nach dieser schmierigen Komödie, die Severing aufführte, alles der Kontenrevolution überlassen. Wie 1848 hatten die Kleinbürger nicht mal den Mut, für ihre kleinbürgerlichen Ideale ihre Anhänger aufzurufen.

Man wollte keinen Putsch machen und man wollte verhindern, daß unnütz Blut vergossen würde. Marx hat die Severing-Argumente schon 1848 zerpflückt. Er schrieb:

„Es ist wahr, wenn die Versammlung und das Volk Widerstand leisteten, war es möglich, daß sie geschlagen wurden; Berlin konnte bombardiert und viele Hunderte konnten getötet werden, ohne daß der schließliche Sieg der königlichen Partei dadurch verhindert wurde. Aber das war kein Grund, die Waffen ohne weiteres niederzulegen. Eine Niederlage nach hartnäckigem Kampfe ist eine Tatsache von ebenso revolutionärer Bedeutung wie ein leichtgewonnener Sieg. Die Niederlagen von Paris im Juni und von Wien im Oktober 1848 haben zur Revolutionierung der Köpfe der Bevölkerung dieser zwei Städte jedenfalls weit mehr beigetragen, als die Siege vom Februar und März. Die Versammlung und die Bevölkerung Berlins hätten vielleicht das Schicksal der beiden oben genannten Städte geteilt; aber sie wären ruhmvoll unterlegen und hätten in den Gemütern der Ueberlebenden ein Verlangen nach Rache hinterlassen, das in revolutionären Zeiten einen der mächtigsten Antriebe zu energischem und leidenschaftlichem Handeln bildet. Bei jedem Kampfe ist es selbstverständlich, daß derjenige, der den Handschuh aufnimmt, Gefahr läuft, geschlagen zu werden. Aber ist das ein Grund, sich für geschlagen zu erklären und zu unterwerfen, ohne das Schwert gezogen zu haben?“

Severing und die SPD-Führung haben sich geschlagen erklärt, ohne den leisesten Versuch eines Widerstandes zu machen. Marx nennt solche Leute Verräter, er schreibt:

„In einer Revolution verdient ohne Unterschied jeder als ein Verräter behandelt zu werden, der eine entscheidende Position befehligt und sie übergibt, statt den Feind zu zwingen, einen Sturm zu versuchen.“

Severing und die Seinen haben die nach ihrer Meinung bestehende Position kampflös preisgegeben. Die Wurzel für diese kampflöse Preisgabe liegt aber in ihrer Abneigung zur Revolution. Die Entfesselung eines Kampfes gegen den Papen-Staatsstreich hätte sehr leicht die Gefahr in sich getragen, über das von den Sozialdemokraten hinaus gewünschte Ziel zu treiben. Ein solcher Kampf hätte der Auftakt zu wirklich entscheidenden revolutionären Kämpfen sein können. Ihre ganze Politik und ihre ganze Tradition aber kettet sie an die kapitalistische Gesellschaft.

Die SPD ist durch ihre bisherige Politik unlösbar mit dem kapitalistischen Staat und dem kapitalistischen System verbunden und damit die Gefangene ihrer eigenen Politik. Die Rückkehr zum Klassenkampf ist ihr für immer verbaut. Ihre Politik kann und muß sich darum um so mehr immer nur zum Schaden der Arbeiterklasse auswirken, als der Kapitalismus in seiner Niedergangsperiode ihr die Rolle zuweist, als Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse zu fungieren.“

(Prinzipienerklärung der SAP.)

Der 20. Juli hat diese Erkenntnis von neuem erhärtet, und die Aufgabe unserer Genossen ist es, den kritisch eingestellten Mitgliedern der SPD die Augen über die wirklichen Ursachen der Kapitulation der Severing und Genossen am 20. Juli zu öffnen und in ihrem Kampf gegen den Reformismus Ziel und Richtung zu geben.

## Pleite für Bracht und Papen

CNB. Berlin, 10. Oktober.

Die Strafkammer des Landgerichts I hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den ehemaligen Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Oberst Heilmannsberg gegen die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Nichtbefolgung der Anordnungen des Militärbefehlshabers, General von Rundstedt, erhoben hatte, abgelehnt.

## Kleine Nachrichten

Berlin. Dr. Goebbels hat sich erboten, in einer deutsch-nationalen Versammlung zu sprechen; das Angebot wird von den Deutschnationalen angenommen.

# Der Prozeß um den 20. Juli

## Schwache Position der Reichsregierung — Braun und Severing bekunden ihre Abneigung gegen die KPD — Ungeklärte Fragen

Am Montag Vormittag begann vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke der Prozeß über die Reichsexekution gegen Preußen vom 20. Juli 1932. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten gab der Berichterstatter des Gerichtshofes, Reichsgerichtsrat Dr. Schmitz, in einstündigen Ausführungen einen Ueberblick über die von den verschiedenen Parteien vorliegenden Anträge.

## Verbeugung vor Hindenburg

Vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung gibt der Vorsitzende eine Erklärung ab, der sich eine weitere Erklärung des Haupt-sprechers der Regierung Braun-Severing, Ministerialdirektor Dr. Brecht, anschließt. Brecht legt großen Wert darauf, mit viel Nachdruck zu betonen, daß sich die Klage der abgesetzten preußischen Regierung in keiner Weise gegen den Reichspräsidenten richte. Die preußischen Staatsminister seien alle Wähler des Herrn Reichspräsidenten und fest davon überzeugt, daß der Herr Reichspräsident den Willen habe, die Verfassung zu wahren. Offenbar sei er aber falsch informiert worden. In ähnlichem Sinne äußerten sich die Vertreter der bayerischen und der badischen Regierung, die im übrigen feststellten, daß ihre Klage nicht so sehr wegen der Vorgänge am 20. Juli eingereicht worden seien, als vielmehr, um für die Zukunft das Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten zu regeln.

## Preußens Standpunkt

Nach all diesen Erklärungen nahm dann schließlich Ministerialdirektor Brecht das Wort, um die Vorgänge vom 20. Juli vom Standpunkt der früheren preußischen Regierung aus darzustellen. Dr. Brecht stellt fest, daß die Vertreter des Reiches in der Besprechung vom 20. Juli in der Reichskanzlei, als Braun und Severing für abgesetzt erklärt wurden, auf wiederholte Fragen nach den tatsächlichen Gründen lediglich mit einem Achselzucken geantwortet hätten. Erst mehr als zwei Wochen nach der Absetzung seien dann tatsächliche Vorwürfe erhoben worden, die Dr. Brecht in ausführlichen Darlegungen jetzt vor dem Staatsgerichtshof widerlegt. Die Behauptung der Reichsregierung, leitende preußische Persönlichkeiten seien innerlich nicht mehr unabhängig gegenüber den Kommunisten eingestellt gewesen, sei falsch;

gerade Severing und Grzesinski hätten stets kommunistische Ausschreitungen so heftig bekämpft, daß sie bei den Kommunisten zu den beliebtesten Leuten gehörten. Gerade Grzesinski habe als preußischer Innenminister das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durchgeführt, und Severing als damaliger Reichsinnenminister sei dafür eingetreten, daß dieses Verbot auf das ganze Reich übernommen wurde.

Ein Verbot der KPD sei deshalb nicht erfolgt, weil ein solches Verbot immer eine zweischneidige Sache wäre.

Dr. Brecht erklärte schließlich, die frühere preußische Staatsregierung beabsichtige, eine einstweilige Verfügung zu beantragen, wonach während der Dauer des Staatsgerichtshofprozesses weitere Beamtenernennungen nicht erfolgen dürften. Diese Frage wurde aber zunächst zurückgestellt.

## Papens Vertreter spricht

Als Vertreter der Reichsregierung sprach dann Ministerialdirektor Dr. Gottheiner. Er machte die frühere preußische Regierung verantwortlich für „die blutigen Vorgänge, die sich seit geraumer Zeit insbesondere im Osten abgespielt haben“, denn diese Vorgänge seien zu einem wesentlichen Teil auf

die völlig einseitige Behandlung zurückzuführen, die man der ständig wachsenden nationalsozialistischen Bewegung habe angedeihen lassen. Die Maßnahmen der Reichsregierung hätten dem Zweck gedient, für den Erregungstoff, der sich durch die einseitige Behandlung der Nationalsozialisten angestaut hatte, ein Ventil zu schaffen und damit einem Bürgerkrieg vorzubeugen. Im einzelnen nennt der Vertreter der Reichsregierung die Vorgänge in Orlau am 10. 7., in Altona am 17. 7. und die Waffenschleibungen in Suhl. Hier seien nicht die Nationalsozialisten die Angreifer gewesen, sondern Angehörige der SPD und KPD. Die verantwortlichen Leiter der Polizei hätten versagt.

Diese Gefahrenlage sei durch das Verhalten der damaligen geschäftsführenden preußischen Regierung erheblich gesteigert worden. Die KPD, an deren Staatsfeindlichkeit nicht zu zweifeln sei, hätte vermuten können, daß die damalige preußische Regierung gegen sie nicht mit letzter Entschiedenheit vorgehen werde, sondern sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegensatz zu den Nationalsozialisten verbunden fühle.

## Die Gleichsetzung von KPD und NSDAP könne die Reichsregierung nicht als berechtigt anerkennen.

Besonders kraft sei, daß der damalige Berliner Polizeipräsident Grzesinski am 26. Juli in einer Rede erklärt habe: „Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich an keiner Stelle Schwierigkeiten bereiten“. Mit einer solchen Rede habe Grzesinski das für einen Beamten notwendige Maß der Zurückhaltung überschritten. Severing habe in einer Wahlversammlung gesagt: „Jagen wir am 31. Juli die Regierung von Papen und ihre nationalsozialistischen Helfershelfer davon.“ Eine solche Erklärung eines amtierenden Ministers sei in keiner Weise mit seiner Beamtenpflicht vereinbar. (Severing hatte in dieser Versammlung natürlich nicht als Minister, sondern als sozialdemokratischer Politiker gesprochen. Die Red.)

Weiter erzählte der Vertreter des Reiches etwas von geheimen Verhandlungen zwischen der Regierung Braun-Severing und der KPD. Irgendwelche näheren Angaben konnte er jedoch nicht machen.

Im übrigen sei es Tatsache, erklärte der Vertreter des Reiches weiter, daß die sämtlichen ihres Amtes entthronten Minister ihre vollen Bezüge weiter erhalten. Tatsache sei es auch, daß Ministerpräsident Braun auf diesen Umstand sehr großen Wert gelegt habe, denn er habe sich sehr bald nach der Enthebung vom Amt danach erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt, als ihm die Antwort gegeben wurde, daß er seine Bezüge weiter erhalten würde. Minister Severing habe Mitte Juni gegenüber dem Reichsinnenminister v. Gayl erklärt, er selbst sei der Ansicht, daß die Einsetzung eines Reichskommissars sich nicht vermeiden lassen. Im Verlauf dieser Unterredung habe Severing erklärt: „Warten Sie nicht mehr lange!“

## Der Standpunkt der SPD-Fraktion

Als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Preußens ersuchte Professor Heller den Vertreter der Reichsregierung, den Brief vorzulegen, in dem Ministerpräsident Braun sich befriedigt über seine Gehaltsregelung ausgesprochen und diese Frage als wesentlichsten Punkt der ganzen Sache bezeichnet habe. Ich muß, so erklärte er, die Wahrheit der Behauptungen über einen solchen Brief bis zur Vorlegung des Briefes bezweifeln, ebenso wie ich bezweifle, daß Minister Severing sich selbst für die Einsetzung des Reichskommissars ausgesprochen haben soll. Professor Heller wendet sich weiter

gegen die Behauptung, daß die Sozialdemokratie sich in ihrem Gegensatz zu den Nationalsozialisten mit den Kommunisten enger verbunden

gefühlt habe. Er meint, daß man dann auch heute von der Reichsregierung sagen könne, daß das Kabinett Papen sich jetzt auch schon mit der Sozialdemokratie enger verbunden fühle, als mit den Nationalsozialisten.

Die geheimen Verhandlungen der preußischen Regierung mit den Kommunisten seien so „geheim“ gewesen, daß die beiden kommunistischen Abgeordneten sich offiziell beim Pförtner des Innenministeriums anmeldeten und die Besuchszettel ausfüllten, auf denen sie erklärten, daß sie zum Staatssekretär Abegg wollten. Professor Heller beantragte dann eine Untersuchung darüber, daß zwischen der Regierung und den Nationalsozialisten Abmachungen bestanden hätten, die dieses Vorgehen am 20. Juli erforderten. Als Zeugen benannte er den Reichskanzler v. Papen, Adolf Hitler, und Herrn v. Gleichen.

## Interessante Diskussionen

Als weiterer Vertreter der Reichsregierung erklärte Professor Schmitt, für die Millionenbewegung der Nationalsozialisten stelle es eine Beleidigung dar, wenn man sie mit der kommunistischen Partei gleichstelle. In einer Bürgerkriegssituation, wie sie im Juli bestanden hätte, sei es nicht tragbar, daß ein Land eine andere Politik treibe, als das Reich.

Dr. Brecht nahm noch einmal das Wort. Er erwähnte, die preußischen Vertreter hätten den Oberreichsanwalt Ebermayer als Zeugen dafür geladen,

daß das Material, das die Staatsfeindlichkeit der Kommunisten darstue, im wesentlichen von der preußischen Staatsregierung geliefert worden sei.

Im übrigen hielt Dr. Brecht seine Behauptung aufrecht, daß bei den Besprechungen zwischen Papen und den Nationalsozialisten das Vorgehen gegen Preußen zum Gegenstand der Abmachungen gemacht worden sei. Zur Absetzung der fünf anderen preußischen Minister erklärte Dr. Brecht, diese Minister hätten es niemals abgelehnt, mit dem Reichskanzler als Reichskommissar für Preußen zusammenzuarbeiten. Abgelehnt hätten sie nur, einer Einladung zu einer „Sitzung der Staatsregierung“ Folge zu leisten, zumal diese Einladung fälschlich mit „Der preußische Ministerpräsident“ unterzeichnet gewesen sei. In einer solchen Einladung habe eine Amtsanmaßung gelegen.

Der preußische Ministerialdirektor Badt, ebenfalls Vertreter der abgesetzten Regierung, verlas ein Dokument, das Severing am 6. Juli unterzeichnete und in dem er sich grundsätzlich dahin äußerte, daß die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nach Artikel 48 der Verfassung nicht zu rechtfertigen sei. Die Behauptung der Reichsvertreter über Severings Stellungnahme sei dadurch widerlegt. Ministerialdirektor Gottheiner bleibt trotzdem bei seiner Behauptung und fügt hinzu, Severing habe ja auch am 20. Juli erklärt, er werde nur der Gewalt weichen, nachher habe er aber

mit Vertretern der kommissarischen Regierung das Maß der Anwendung der Gewalt vereinbart.

Dr. Brecht antwortete, es wäre am zweckmäßigsten, schon morgen Severing und Gayl zu dieser Angelegenheit zu hören.

Nach mehr als 7stündiger Verhandlung wurde der Prozeß auf Dienstag vertagt.

## Eine Erklärung Severings

CNB. Berlin, 11. Oktober.

Severing hat einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ gegenüber mit Bezug auf die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner, daß er dem Reichsinnenminister von Gayl die Einsetzung eines Reichskommissars selbst empfohlen habe, folgendes erklärt:

„Ich habe niemals Herrn von Gayl zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermuntert. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näher zu bringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichskanzler Brüning erörtert worden ist: In einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber andererseits im Gegenteil dringend gebeten, nicht ohne gesetzliche Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen.“

Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn von Gayl veröffentlicht, als Gerüchte im Gange waren, daß das Reichsinnenministerium die preußische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn von Gayl gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr von Gayl hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preußische Polizei fest in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn von Gayl nicht gehabt.“

# Fenner Brockway grüßt die SAP

Der Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, Genosse Fenner Brockway, sendet uns die folgenden Zeilen zum einjährigen Bestehen der SAP. Sein Brief ist erst jetzt in unseren Besitz gelangt, da Brockway sich zur Zeit auf einer politischen Auslandsreise befindet.

Mit einem Gefühl des Stolzes sende ich der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands meine herzlichsten Grüße. Während die Sozialdemokratische Partei von Kompromiß zu Kompromiß geschritten ist und den sozialistischen Standpunkt auf das Schmächtigste preisgegeben hat, während die Kommunistische Partei die Haltung einer sturen Intoleranz eingenommen hat, die die Einigung der deutschen Arbeiterklasse verhindert, hat Eure Partei an die Arbeiterklasse den Mahnruf gerichtet, sich auf revolutionär-sozialistischer Grundlage zu einigen.

Der Widerhall, den Eure Mahnung ausgelöst hat, mag Euch manchmal enttäuschend erschienen sein. Aber trotzdem ist Eure Politik die einzige, die die deutsche Arbeiterklasse retten kann, und der Tag, an dem die Einigung vollzogen wird, mag nicht allzufern sein. An diesem Tage wird die kleine und mutige Gruppe, die allen Verleumdungen und kleinlichen Gehässigkeiten zum Trotz zu ihren Grundätzen gestanden hat, als die wirkliche Macht der deutschen sozialen Revolution anerkannt werden.

A. Fenner Brockway.

## Der Linksruck in Belgien

Brüssel, 10. Oktober.

WTB. Die belgischen Gemeindevahlen zeigen im ganzen einen eindeutigen Sieg der Sozialistischen Partei. Sie konnte 52 absolute Mehrheiten neu erobern.



# Proleten verurteilt, Nazis freigesprochen

## Die Urteile im Bunzlauer Prozeß

Nach sechstägiger Verhandlung verkündete am Sonnabendmittag gegen 1 Uhr der Vorsitzende des Sondergerichts folgendes Urteil, das wir in der Stadtauflage durch Extrabeilage bereits bekanntgaben.

Wegen Landfriedensbruches und Raufhandels erhielten die Mitglieder der Eisernen Front:

Oswald Höhn, Gnadenberg, drei Monate Gefängnis,

Fritz Jung, Bunzlau, drei Monate Gefängnis,

Richard Lachmann, Tillendorf, drei Monate Gefängnis,

Ernst Buse, Bunzlau, drei Monate Gefängnis,

Nütz, Keller und Matthäus werden freigesprochen.

Die angeklagten SA-Leute aber werden sämtlich freigesprochen;

das Verfahren gegen Schön und Döbler wegen schweren Hausfriedensbruches wird eingestellt, da kein Strafantrag gestellt war.

Dieses Urteil beweist wieder einmal die klassenmäßige Bindung der heutigen Justiz. Proleten verurteilt, Nazis „im Namen des Volkes“ freigesprochen. Das ist die Grundmelodie, die sich durch alle politischen und nichtpolitischen Prozesse zieht. Die Melodie, die nicht eher verklingen wird, als bis die Arbeiterschaft den proletarischen Ausweg aus dem nationalsozialistischen Wirrwarr gefunden hat.

# Ein typisches Nachspiel

Wie erinnerlich, hatte die SAP, die KPD und die KPO am 30. Mai dieses Jahres eine Erwerbslosen-Protestversammlung gegen den inzwischen eingetretenen Lohn- und Unterstützungsraub einberufen. Am gleichen Tage fand auch die Stadtverordnetenversammlung statt, in der eine Erwerbslosendeputation ihre Wünsche vortragen wollte. Die Deputation wurde von einer großen Anzahl Erwerbsloser begleitet, und Genosse Fritz Pietsch verlangte damals im Stadtparlament auch ihre Zulassung, die der deutschnationale Stadtverordnetenvorsteher Friedrich auf Grund der 1925 festgesetzten Geschäftsordnung ablehnte.

Darob herrschte unter den Erwerbslosen am Ring eine große Erregung, die sich noch steigerte, als die Polizei einschritt und die Menge mit dem Gummiknüppel auseinandertrieb. Es wurden verschiedene Rufe laut, und die Polizei erhielt Anweisung, die Schreier festzunehmen. Dabei wurde der SPD-Genosse Pippich festgenommen und am Freitag, dem 7. Oktober, vor das einfache Schöffengericht zitiert. Als Zeugen waren drei Polizeibeamte

erschienen, die bekundeten, daß der Angeklagte den Ruf „Nieder mit dem Polizeiterror“ ausgestoßen habe. Der Angeklagte bestritt dies entschieden. Unter den Erwerbslosen stand jedoch der Polizeiwachtmeister Nickisch in Zivil mit dem Auftrag, die Schreier namhaft zu machen. Daß sich dieser Polizeibeamte dabei getäuscht haben kann, geht schon daraus hervor, daß man zuerst den Bruder des Angeklagten festnehmen wollte. Da der Angeklagte aber nicht sofort mitging, wurde er von zwei Beamten, denen ein dritter zu Hilfe kam, in Polizeigriff genommen und abgeführt. Beim Laufen über die Straße stürzte er und wurde von allen drei Beamten derart mit dem Gummiknüppel bearbeitet, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Und nun war er angeklagt, sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht zu haben.

Der Staatsanwalt beantragte unter Versagung mildernder Umstände die überaus hohe Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen.

# Wimpelraub wird nicht bestraft

## Ein Freibrief für SA-Unfug

Vor demselben Schöffengericht hatte sich der SA-Mann Lederhausen wegen Nötigung zu verantworten. Lederhausen wurde an dem Donnerstagabend, als die planmäßigen Ueberfälle der SA in der ganzen Stadt auf politisch Andersdenkende stattfanden, festgenommen. Auf Befragen des Vorsitzenden nach seinem Beruf erklärte er, bei der Stabswache im Braunen Hause beschäftigt zu sein und von dort auch unterhalten zu werden. Der Angeklagte ist bereits zweimal vorbestraft und daher scheinbar reif für die Stabswache. Am 19. August d. J. hat er in einem 8jährigen Jungen auf der Gartenstraße einen roten 3 Pfeil-Wimpel vom Roller gerissen. Der Freund des 8jährigen Schülers hat den Angeklagten, den Wimpel zurückzuerstatten, was dieser aber mit der Aeußerung „Wenn wir an die Regierung kommen, wird euch der Kopf abgeschnitten werden“ ablehnte. Der Angeklagte bestritt vor Gericht diese Aeußerung getan zu haben, hatte sie aber im Polizeibericht zugegeben. Der Staatsanwalt, der in der vorhergehenden Verhandlung gegen den Proleten Scholz die hohe Strafe von 3 Monaten beantragte, empfahl jetzt,

das Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen. Das Gericht gab seinem Antrag statt. Einem Angehörigen der Linksparteien wäre unter den gleichen Umständen unzweifelhaft eine Strafe zuteil geworden.

## Warum? Weshalb?

### Eine kleine Anfrage

Der Mord an dem KPD-Genossen Pusch am Wahlsonntag ist noch allen Proleten im Gedächtnis.

Seinerzeit wurde der SA-Mann Frey als Täter in Untersuchungshaft genommen. Es stellte sich heraus — Frey leugnet es gar nicht — daß er geschossen habe. Waffen und Patronenhülsen wurden beschlagnahmt.

Die Nazis machten aus Frey einen Märtyrer der „großen Sache“, feierten in ihm den „Helden“ und beförderten ihn zum Sturmtruppführer.

Jetzt befindet sich seit einigen Tagen Frey wieder auf freiem Fuß.

Die proletarische Öffentlichkeit interessiert es lebhaft, warum man den Mörder aus der Untersuchungshaft entlassen hat. Sie verlangt Aufklärung darüber!

# Rund um Liegnitz

(Sonderbericht der SAZ)

Der Bericht des Arbeitsamts Liegnitz über den vergangenen Berichtsmonat verzeichnet Anhalten der Arbeitslosigkeit und weniger Einstellungen durch saisonmäßige Bedingungen (Textilbranche, Verkaufskräfte). Von den soviel im Rundfunk verkündeten Einstellungen und Anfangserfolgen des „Ankurbelungsplans“ der Regierung weiß der Arbeitsamtsbericht nichts anzuführen. Dagegen wird registriert, daß verheiratete Landarbeiter überhaupt nicht nachgefragt werden und diese ärmsten der Proleten zum meist von langfristiger Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Eine hiesige bürgerliche Zeitung veranstaltet wieder einmal Umfragen bei größeren Firmen über ihre Ansichten zur „Wirtschaftsbesserung“. Die Zuckerfabriken halten Export in das Ausland für ausgeschlossen („die Preise sind ungeheuerlich gedrückt“), und infolge Vorräten früherer Jahre und der beschränkten Absatzmöglichkeiten auf dem Inlandsmarkt (warum, danach wird nicht gefragt) müsse der verminderte Rübenanbau beibehalten werden. Eine große Textilfirma berichtet, daß nur billige Waren gefragt seien. Im übrigen hofft sie auf den Wirtschaftsplan Papens und auf Besserung im nächsten Jahr — Die Herrschaften machen es sich leicht!

Ausdruck der Not der Proleten sind die großen Züge der sog. Stoppler. In den frühesten Morgenstunden eilen mit Wägelchen und zu Rad auf den Ausgangsstraßen der Stadt unzählige Proleten, Männer, Frauen und Kinder, aufs Land, um vor allem einige Kartoffeln für den Winter zu erlangen. Daß heutzutage auch Diebstühle auf den Feldern vorkommen, ist doch wahrhaftig nicht verwunderlich. In einzelnen Dörfern bildeten daher die Bauern einen Flurschutz, der sehr viel aus SA-Leuten bestand. Im übrigen soll aber mancher Bauer recht üble Erfahrungen mit Erntehelfern aus den Reihen der SA gemacht haben. Im hiesigen Braunen Hause soll sich's angenehmer leben, als bei der Arbeit auf dem Lande.

In Liegnitz scheinen die Nazis noch einige Geldmittel zu haben. Zu dem Braunen Hause in der Schulstraße ist ein weiteres in der Carthaus-Vorstadt gekommen. In diesem überwiegend proletarischen Stadtteil hat man in der Blumenstraße ein leeres Fabrikgrundstück als SA-Heim eobliert. Die Einweihung geschah mit dem üblichen Klömbim. Daneben wurde ein Schwein geschlachtet, Kuchen gebacken und der Duft des Kaffees, so wird uns von in der Nähe wohnenden Genossen berichtet, sei nicht von „Blümchen-Kaffee“ gewesen. Der Umsatz an Bier — wie sich das für „nationale Deutsche“ gehört — betrug 900 Flaschen. Aber den SA-Proleten wird kaum aufgegangen sein, warum sich ihre Pg.'s erster Klasse so spendabel zeigten!

Die Stadtverwaltung bewies in diesen Tagen, daß sie Verständnis für die Not der breiten Masse empfindet. Es wurden nämlich 10 Polizeibeamte neu eingestellt! Vor dem Winter scheint man im Bürgertum etwas zu bangen — am sichersten ist für sie, die Stärke der Polizeikräfte zu vermehren. Und in dieser Beziehung ist im Laufe der Zeit wirklich viel getan worden. Bau eines neuen Polizeifängnisses, Anschaffung der „grünen Minna“, Kauf eines Motorrades mit Beiwagen für „Patrouillenzwecke“, Indienststellung eines Ueberfallkommandos mit Auto und immer wieder Verstärkung der Kopfzahl der Beamten. Amlich wird erklärt, die Regierung habe auf die Einstellung neuer Beamter gedrungen. (Ob man nicht schreiben wird: Erfolg des Papenplans: 10 Neueinstellungen!)

Die aus dem Prozeß wegen der Vorfälle auf der Goldberger Straße (in der SAZ kürzlich ausführlich berichtet) verurteilten SPD-Genossen erhielten vom Gericht sehr schnell die Aufforderung zum Strafantritt am 1. Oktober. Inzwischen scheinen jedoch von „oben“ wieder andere Anweisungen gekommen zu sein. Ueber die Strafantritts-Aufforderung schrieb die „Volkszeitung“ mit folgender Ueberschrift: „... und das Unglück schreiet schnell“. Daß man über die früheren SPD-„Genossen“, Polizeikommissare Schneider und Peters und einige andere Beamte, und ihr Auftreten vor Gericht in den Reihen der SPD auch zu einer anderen Auffassung über die

ehemaligen preussischen Machtpositionen kommen wird, wird eine besondere Aufgabe für uns SAP-Genossen sein.

Heberhaupt wird unser Wirken weiter eifrig eingesetzt werden, denn die „Volkszeitung“ ist wieder einmal mit „Kampfgeschrei“ erfüllt. Die Entscheidungsschlacht am 6. November — die Regierung muß dem Volksentscheid Raum geben. Unsere Forderungen: Umbau der Wirtschaft. Der Vernebelung der Tatsachlichkeiten und der Züchtung von weiteren Illusionen müssen unsere Genossen ganz besonders entgegen treten!

## Gewerkschaftlicher Schulungskurs

### am 15. und 16. Oktober in Liegnitz

(Sonderbericht der SAZ)

Unsere Genossen und Genossinnen seien auch an dieser Stelle auf den gewerkschaftlichen Wochenend-Schulungskurs am Sonnabend, den 15. und Sonntag, den 16. Oktober, hingewiesen. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit unserer Genossen braucht hier nicht besonders beweiskräftigt werden. Der Kurs soll Anregungen für die Arbeit in den Gewerkschaften vermitteln und in allgemeiner Aussprache wollen wir unsere Ansichten und Meinungen austauschen und klären und so voneinander lernen. Als Leiter des Kurses konnte der Redakteur des gewerkschaftlichen Teils der SAZ, Genosse August Enderle (Breslau), gewonnen werden. Eine selbstverständliche Pflicht unserer gewerkschaftlich organisierten Genossen ist es, am Kurs teilzunehmen und uns nahestehende oppositionelle Gewerkschaftsmitgliedern mitzubringen. In unserer Mitgliederversammlung am Mittwoch erfolgen nähere Mitteilungen. — Kursbeginn Sonnabend, 20 Uhr, im Vereinszimmer der Gaststätte „3 Raben“, Pförtnerstraße.

## Vortragsabend des Bildungsverbandes der Buchdrucker

Genosse Dr. Fritz Sternberg spricht

Im Winterarbeitsprogramm des Bildungsverbandes im Deutschen Buchdruckerverband, Ortsgruppe Liegnitz, finden auch einige Vorträge statt, zu der Gäste gegen einen kleinen Unkostenbeitrag Zutritt haben. Ende Oktober oder Anfang November spricht Gen. Dr. Fritz Sternberg (Berlin) zu dem Thema: Der Niedergang der Volkswirtschaft (Welthandel oder Autarkie?).

Unsere Parteigenossen werden hiermit schon jetzt auf diese Veranstaltung des Bildungsverbandes aufmerksam gemacht, die sich keiner entgehen lassen sollte. Die weiteren Veranstaltungen werden unseren Genossen stets mitgeteilt werden. Die früheren Vortragsabende des Bildungsverbandes der Buchdrucker hoben sich rühmlich von denen des hiesigen Gewerkschafts-Bildungsausschusses (von dem nichts mehr zu hören ist) ab. Der Bildungsverband bot Vorträge, die zumeist an die elementarsten Lebensfragen der Arbeiterschaft anknüpften, ihren Gedankenkreis berührten. Und daß, wie im Vorjahr, auch SAP-Genossen (u. a. Sternberg, Fabian) als Referenten verpflichtet wurden, verpflichtet uns, dem Vorstand des Bildungsverbandes durch recht zahlreichem Besuch zu danken.

## AOK und Nazidoktor Wiesner verhaftet

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist der praktische Arzt Dr. med. Wiesner verhaftet worden, der vor einiger Zeit im AOK-Prozeß zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist und der sich bei der Beer-digung des von Nazis erschossenen Arbeiters Günther in der Bunzlauer Straße als Anhänger der Hillerei besonders bemerkbar gemacht hat. Wiesner hatte die Absicht, mit Hilfe eines falschen Passes nach Brasilien zu verschwinden, und es war ihm bereits gelungen, das brasilianische Visum zu erhalten.



**Eins A mit Sternchen**

bedeutet wohl höchstes Lob.

Ein Raucherquartett zollte es in so origineller Form kürzlich unserer

**JUNO**

um seiner Zufriedenheit mit der hohen Qualität dieser beliebten Cigarette Ausdruck zu geben.

Es bereitet uns besondere Freude, die Anerkennung unseres Grundsatzes:

**Alles für die Qualität**

und nichts für Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien, bestätigt zu sehen.

**Juno Cigaretten: Sterne, die allen erreichbar sind.**

6 STÜCK 20 S

# RGO macht Betriebsarbeit

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom Sonnabend, den 8. Oktober, bringt in ihrem lokalen Teil eine Notiz über eine Belegschaftsversammlung der RGO bei der Firma Leinwandhaus Bielchowsky. Wir hatten nicht die Absicht, zu dieser Blamage der RGO große Stellung zu nehmen, doch werden wir dazu durch diesen Artikel veranlaßt.

Nach Bearbeitung des Betriebes Bielchowsky durch zwei RGO-Flugblätter hatte die RGO für Donnerstag, den 6. Oktober, eine Belegschaftsversammlung einberufen, in der Kampfmaßnahmen beschlossen werden sollen. Von den 275 Angestellten waren erschienen 1 (einer) Kollege, von den 230 Handelshilfsarbeitern ganze 5 Mann, sowie der Angestelltenrats-Vorsitzende von Bielchowsky, Genosse Rosenstein. Schon dieser „zahlreiche“ Besuch hätte die RGO veranlassen sollen, hierüber besser zu schreiben. Nach einer kurzen Ansprache des RGO-Vertraters Fischer, über deren Inhaltlosigkeit wir in seinem Interesse schweigend hinweggehen wollen, kennzeichnete Genosse Rosenstein die Einflusslosigkeit der RGO ganz besonders bei den Angestellten und bewies an Hand seiner erfolgreichen Arbeit bei Bielchowsky die Notwendigkeit der Arbeit in den freien Gewerkschaften. Das völlige Versagen der RGO ist am stärksten bei den Handelshilfsarbeitern, die durch zwei RGO-Mitglieder im Arbeiter-Rat von Bielchowsky vertreten werden, zum Ausdruck gekommen. Fischer mußte in seinem Schlusswort die erfolgreiche Tätigkeit des Genossen Rosenstein bei Bielchowsky anerkennen (in der „Arbeiter-Zeitung“ heißt es, daß Fischer „die Rede des Genossen Rosenstein als demagogisches Geschwätz enthielt“), und stellte an Rosenstein das Ansinnen, die führende Tätigkeit im Arbeiter-Rat mit zu übernehmen, da er hierzu am besten in der Lage sei und die RGO-Kollegen unterstützen könne. Schon in diesem Verlangen konnte die Ohnmacht der RGO nicht deutlicher demonstriert werden. Trotz dieser Blamage geniert sich die „Arbeiter-Zeitung“ nicht, eine neue Belegschaftsversammlung zur Beschlussfassung von Kampfmaßnahmen anzukündigen, wogegen sie weiß, daß hinter solchen Beschlüssen nicht einmal ihre eigenen Leute stehen werden. Wir können die RGO nur vor einer zweiten und viel größeren Blamage warnen.

# Die Orchesterkonzerte des kommenden Winters

Die schlechte finanzielle Lage der Stadt und des Stadttheaters übt seit langem nachteiligen Einfluß auf die Orchesterkonzerte aus. Der Beginn des Abstieges von sehr beachtlicher Höhe ist in der Zusammenlegung der beiden Breslauer Orchester zu sehen. Diese an sich sehr begrüßenswerte Tat hat dazu geführt, das Orchester dauernd zu verkleinern, und zwar demartig, daß es heute für einen doppelten Betrieb (Theater, Konzerte, Rundfunk) völlig unzureichend ist. Überlastung der Musiker, die nicht nur vom künstlerischen Standpunkt aus zu bedauern ist, geringe Probenzahl sind die Folgen; daher dann tieferes Niveau und schlechterer Besuch der Konzerte. Vor allem aber läßt die Programmgestaltung der Konzerte zu wünschen übrig. Jahr für Jahr werden dieselben Werke gespielt, selten, daß etwas Neues hinzukommt. Die Symphonien von Beethoven und Brahms werden immer im Vordergrund stehen und sollen es auch, aber es gibt noch soviel klassische und moderne Werke, die man in Breslau nie zu hören bekommt. Die drei großen Symphoniker der Neuzeit Bruckner, Mahler, Strauss, sind fast gar nicht vertreten. Von Bruckner kommt als einziges Werk wieder die Siebente zur Aufführung (sie wurde in den letzten fünf Jahren dreimal gespielt), während die nicht minder großartigen letzten Symphonien (achte und neunte) seit 1924 nicht gehört wurden. Mahler ist nur mit ein paar Liedern vertreten. Warum wird nicht endlich die zweite Symphonie aufgeführt? Strauss wieder mit dem „Till-Eulenspiegel“, während man auf Händel's „Don Quichote“, besonders aber die Alpen-Symphonien vergeblich wartet. Seit vier Jahren ist in Breslau keine der großen Suiten von Bach gespielt worden. Auch das letztmal, 1928, mußte dazu erst ein Berliner Dirigent, Klempner, herkommen.

Nicht minder wichtig als die Auswahl der geeigneten Werke ist eine vernünftige Zusammenstellung. Damit liegt es seit jeher im Argen. Althergebrachte Tradition ist: Zu jedem Konzert gehört ein Solist, dessen Zweck es aber oft nur ist, mit seinem glänzenden Namen das Publikum anzulocken. Im Einzelfalle mag die Mitwirkung eines Solisten angebracht sein, oft aber ist es genau umgekehrt: Der Solist stört bloß die Geschlossenheit des Konzerts.

In jedem Konzert müssen mindestens zwei, wenn nicht drei größere Werke zur Ausführung kommen. In dieser Hinsicht ist das erste Abonnementskonzert hervorragend zusammengestellt. Aber die übrigen Programme lassen sehr zu wünschen übrig, besonders das achte, das außer der Passacaglia von Marx nur völlig abgesspielte Werke enthält; es fehlt häufig ein großer geschlossener Aufbau.

Wir können alle Einwände gegen diese Vorschläge: Das Publikum will immer wieder dieselben klassischen Werke hören, usw. Das stimmt nicht. Die Konzerte, in denen Bruckner und Strauss gespielt wurden, sind sehr gut besucht gewesen, die Werke wurden mit großem Beifall aufgenommen, und Dohnas Aufführung der Kunst der Pflage, die sogar wiederholt wurde, zeigt, wie vorbereitet das Verlangen nach Aufführungen der klassischen Orchesterwerke ist, und daß ein wirklich künstlerisches Wagnis auch heute möglich ist.

Seit Jahren schon gleichen die Volkssymphoniekonzerte fast völlig den Abonnementskonzerten. Daß sich diese Gestaltung der Konzerte nicht bewährt, hat sich besonders in dem letzten Winter gezeigt: Sie waren durchweg schlecht besucht. Von jüngerer Stelle ist ein sehr guter Vorschlag zur Reformierung der Volks-Symphoniekonzerte gemacht worden. Leider blieb er unbeachtet. In diesen Konzerten sollen mehr unbekanntere, wertvolle Werke gespielt werden, etwa Symphonien von Mozart, die nicht zu den berühmten gehören, Werke von Corelli, Vivaldi, P. E. Bach und J. S. Bach usw. Natürlich ist damit nicht gemeint, daß man die alten Liederbücher von Raff, Liszt usw. ausräumt, bloß um „Unbekanntes“ zu bringen, und es dürfen nicht zu viele der genannten Werke zur Ausführung kommen. Es gilt auch hier das oben Gesagte: Größere Werke dürfen nicht fehlen. Besonders aber würde bei den Volks-Symphoniekonzerten eine Einschränkung der Solisten angebracht sein. Für gute Solisten reicht das Geld hier nicht, so begnügt man sich oft mit sehr mittelmäßigen, die überhaupt nicht „ziehen“ und nur Zeit und Geld wegnehmen.

Das erste Konzert war schlecht besucht, und es ist zu befürchten, daß die nächsten noch schlechter besucht sein werden. Unter den noch folgenden neun Konzerten ist nicht ein einziges in dem die oben aufgestellten — eigentlich selbstverständlichen — Forderungen auch nur annähernd erfüllt werden. Außer der Ersten Symphonie von Mahler sind nur die abgesspieltesten Werke vorgesehen. Bruckner, Bach und Hindel fehlen völlig. Strauss ist einmal vertreten (Zurathustra) mit der Bemerkung: Noch unbestimmt. Dagegen dürfen die unvermeidlichen Mozart-Variationen von Regner, die auch voriges Jahr gespielt wurden, wieder nicht fehlen. Sonst begnügt man sich mit mehr oder weniger vielversprechenden kleinen Suiten, Ouvertüren usw.

In ihrer gegenwärtigen Form haben die Volks-Symphoniekonzerte keine Existenzberechtigung, was sich ja auch in der ständig abnehmenden Besucherzahl ausdrückt. Noch jetzt, noch vor dem Winter, gilt es, sie umzugestalten, damit sie wieder die Bedeutung erlangen, die sie hatten. Hierzu ist es notwendig, mit unfruchtbaren Traditionen zu brechen. Herr v. Hoeßlin ist bereits einen Schritt auf diesem Wege gegangen; hoffentlich gelingt es ihm, sich dem Publikum, der Presse und anderen „Instanzen“ gegenüber durchzusetzen.

# Breslau SAP eröffnet den Wahlkampf

Die SAP Breslau hatte für vorige Woche die SAP-Funktionäre der proletarischen Massenorganisationen und der Betriebe zu einer Versammlung eingeladen. In stattlicher Zahl waren diese Genossen und Genossinnen, die die aktivsten Träger unserer Politik sind, dem Rufe gefolgt. Im einleitenden Referat behandelte Genosse Fabian in seinem Bericht die Aufgaben der SAP im kommenden Wahlkampf. An dieses Referat schloß sich eine Aussprache, die in lebhaftester und anschaulichster Weise ein Bild von der vielseitigen Arbeit unserer Funktionäre gab. Die Genossen Rosenstein und Enderle machten anregende Ausführungen über die Arbeit in den Gewerkschaften. Diese mehr grundsätzlichen Betrachtungen wurden ergänzt durch die Berichte, die die Genossen

Meder, Simerl, Orzechowicz, Willi Geburt, Karger und ein aus Wilhelmshafen als Gast anwesender Genosse über ihre Arbeit in verschiedenen Gewerkschaften und Betrieben, in den Sport- und Kulturorganisationen, in der Genossenschaft und im Kampf für die weltliche Schule machten. Mit Recht konnte Genosse Fabian in seinem Schlusswort feststellen, daß solche Arbeit zugleich die beste Arbeit für die Partei und Wahlkampf im wahren Sinne sei. Diese Versammlung, so schloß er, hat bewiesen, daß die SAP lebt, denn sie kämpft und wirkt für die Arbeiterklasse!

Genosse Rausch schloß die Versammlung mit einigen praktischen Hinweisen für die kommende Wahlarbeit und mit der Feststellung, daß diese Funktionärsversammlung der beste Auftakt für den Wahlkampf gewesen sei. In dem Rufe „Kampfbereit“ bekräftigten die Genossen und Genossinnen ihren Willen zu höchster Aktivität.

# Kleine Sportnachrichten

Arbeitersamariter Kolonne Groß Breslau, 4. u. 5. Abt. Kommande Mittwoh, 20 Uhr, Materialabteilung im Abteilungslokal. Mitgliedsbücher und Fahlscheine mitzubringen. Jugendliche. Donnerst, 20 Uhr, Mitglieder-versammlung im Zwinger Gymnasium. FTB, 1. Männer-Abt. Di, 11 Okt., 20 Uhr, wichtige Abteilungsversammlung bei Gen. Spiller. Turnen fällt aus.

# ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

**SAP**  
Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 68

Frauenfunktionärssitzung, heut. 12. 10. im Parteibüro, SAP, Stadtteil West. Unsere Stadtteil-Funktionärsversammlung findet Freitag, den 14. 10. 20 Uhr, im Zentralballsaal statt. Auch die Außenabteilungen müssen unbedingt erscheinen.

**BJL**  
Sekretariat: Kl. Holzstr. 3  
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Diese Woche finden folgende Heimabende statt:  
Heim 2 (Märtastr. 11). Dienstag: Der Lehrling im Betrieb. Donnerstag: Es geht ein Gespenst um in Europa! Freitag: Kulturfaschismus — Kulturbelchewismus.  
Heim 3 (Nehlgasse, Ecke Paulinenstr.). Mittwoch: Der SJV und sein Prinzip! Donnerstag: Die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern.  
Heim 4 (Seydlitz, Ecke Hohenzollernstr.). Mittwoch: Lohnraub und Gewerkschaftskampf! Donnerstag: Jugend in Fuhrburg.  
Heim 5 (Friedl. Wilh. Str. 45). Mittwoch: Wir sprechen über den Fünfjahresplan! Donnerstag: Mitgliederversammlung.  
Heim 6 (Bergstr., Ecke Popelwitzstr.). Donnerstag: Unterhaltungabend.  
Heim 7 (Merkele, Ecke Hubenstr.). Mittwoch: Liederabend. Freitag: Wir besprechen das „Rote Gewerkschaftsbuch“.  
Heim 8 (Hirschstr. 78). Mittwoch: Freizeabend.  
Die Heimabende haben um 20 Uhr zu beginnen. Monatsliche Jugend. Achtung! Die öffentliche Versammlung heut. abend, Grünstr., wird von uns mit zwei Sprechern umrahmt. Alles ist pünktlich 19.45 Uhr im Heim Grünstr. 14/16.

# Internationale Hilfsvereinigung

Ortsgruppe Breslau  
Am Sonnabend, den 15. 20 Uhr, findet im Saale der Monistischen Gemeinde eine öffentliche Kundgebung der IHV statt. Thema: „Kampf den Sondergerichten“. Referent: Jakob Schörrlein, 1. Vorsitzender d. IHV, früherer Reichsleiter der Roten Hilfe. Alle proletarischen Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.  
Am Sonntag findet die 1. Bezirkskonferenz der IHV für den Bezirk Schlesien statt. Tagungsort: Kasino, Neue Gasse. Mitglieder d. IHV gegen Mitgliedsausweis Zutritt. Gastdaisplätze aller Arbeiterorganisationen sind herzlich eingeladen.  
Int. Hilfsvereinigung, Ortsgruppe Breslau.

# Gewerkschaftsnachrichten

**Metallarbeiterjugend**  
Heim I: Dienstag im Heim Gewerkschaftshaus, 19 Uhr: „Jungproleten in Haft“ (Boß).  
Heim II: Dienstag, 19 Uhr, im Heim Friedrich Wilhelm-Straße 45: „Das wird dich interessieren“ (Helterer Abend).  
Heim III: Dienstag, 19 Uhr, im Heim Seydlitz, Ecke Hohenzollernstr.: „Die industrielle Revolution“ (Preuß).  
Alle Jungkollegen, die sich an unserem Spruchchor beteiligen wollen, kommen Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, nach dem Gewerkschafts-haus, Galerierzimmer.

**STADTTHEATER**  
Dienstag, 20—22.30  
Abonn.-Vorst. B 1  
**Mister Wu**  
Mittwoch, 20—22.30  
Abonn.-Vorst. F 3  
**Die Bohème**  
Donnerstag, 19.30—gegen 23  
Beliebteste Uraufführung  
**Der Teufelsreiter**

**LOBETHEATER**  
Täglich 20.15—22.40 Uhr  
**Die endlose Straße**  
**BERNHART-HAUPTMANN-THEATER**  
Täglich 20.15—22 Uhr  
**Der Tiefstapler**

9% Kolonialwaren Josef Walter 9%  
Mariannestr. 21, Ecke Karlsruherstr.  
Bekanntlich unsere  
Inserenten!  
Jeder Genosse, jede Genossin  
wird ein Abonnent für unsere  
**S A Z**

**Kleine Anzeigen**  
in der SAZ sind  
erfolgreich  
und billig!

**Berlin**  
**Rose-Theater**  
Große Frankfurter Str. 132  
Telefon E 7 Weichsel 2432  
Mittwoch, 12. Oktober  
8.16 Uhr  
**Der Hauptmann von Köpenick**

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate:  
Herbert Scholz, Breslau, Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzka AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7,  
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe, Telefon 206 02.  
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustelgebühren. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustelgebühren. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,00 Porto monatlich.  
Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.  
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe, Telefon 206 02.

# Wo decke ich meinen Bedarf?

**ZENTRUM**  
Brosen Farben Foto  
**Matthias** Gartenstraße 11  
**C. G. Müller's**  
Proben-Kaffee 1/2 Pfd. 60 Pfg.  
die reichhaltigsten Sorten  
jeden Tag frisch geröstet  
Jetzt bei **Neue Taschenstr. 1b** gegen Mißbrauch früher Poststraße 4  
**Sport und Funk**  
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte  
Schweidnitzer Straße 20/21  
(neben der Dorotheenkirche)  
Wo kauft man seine Ledersohlen?  
Bei **Gutsche** — überall empfohlen!  
**Albert Gutsche, Rouschstr. 32/33**  
Beliebt lobensfähig in Leder- und Schuhwarenhandel!  
Grüßbacher Straße 19/21 • Bohrerer Straße 43 • Poststraße 7 • Holzstraße 14

**Richard Pusch**  
Kleider-Druckerei  
Messergasse Nr. 27  
DROCKE-FOTO  
**Kauft bei Blasser!**  
**Blasse ist billig!**  
Kaufhaus Blasse an Graupenstr. 6/10  
**Werbt Abonnenten!**  
Genossen Beachtet  
unsere Inserate!

**ODERTOR U. SCHEITNIG**  
Bäckerei u. Konditorei **Karl Pusch**  
Hedwigstraße 22  
Filiale: Sternstraße 122 — Carlowitzmarkt 11  
**Richard Karsunky & Co**  
**Möbel**  
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiesstr.  
**Richard Gelse** ff. Fleisch- u. Wurstwaren  
Blamarktstraße 24  
**Wilhelm Kupczyk**  
Schießwerderstraße 51  
Kolonialwaren Lebensmittel  
**HERMANN NICKISCH**  
9% Kolonialwaren 9%  
Gertrudenstr. 2

billigste bei  
**Leder K. Becker**  
Gneisenaustraße 5  
ff. Fleisch- u. Wurstwaren  
nur bei Bruno Kastner, Adolfsstr. 14  
**Reserviert!**  
Nr. 101  
Wir lesen die  
**SAZ**  
Sozialistische Arbeiter-Zeitung  
Göschelstraße Nr. 11, Holzstr. 6, Tel. 20600  
und lesen in Zukunft nur noch bei uns  
**Inserenten**



# Kunst ist Waffe im Klassenkampf

Das war sie stets und wird sie solange bleiben, wie die Klassengesellschaft bestehen wird. Mögen bürgerliche Ideologen und Künstler noch so sehr dagegen wettern, von einer zeitlosen gesellschaftlich ungebundenen, freien Kunst sprechen; Tatsache bleibt, daß sie in ihrem Metier diejenige Ideologie vertreten, in der sie auf Grund ihrer Herkunft und Klassenlage wurzeln. So sind die Kunstwerke des Mittelalters, die Kirchenmalerei, Ausdruck einer ganz bestimmten Ideologie, nämlich der von der Kirche seinerzeit vertretenen Geistesrichtung. Und wenn wir noch heute bewundernd vor die Meisterwerke vergangener Epochen treten, dann tun wir dieses nicht im Gefühl einer zeitlosen, ewigen Malerei, sondern achten sie als Ausdruck höchster Kunstfertigkeit vergangener Zeiten. Und wie wir die Werke vergangener Jahrhunderte nicht losgelöst von ihrer materiellen Basis und der darauf fußenden Ideologie, aus der sie entstanden, betrachten können, so geht es uns mit den Kunstwerken unserer Epoche.

Betrachten wir die modernen Erzeugnisse der bürgerlichen Künstler unserer Epoche, dann scheint die oben aufgestellte These restlos widerlegt zu sein. Denn wer kann aus einer Landschaftsmalerei, aus einer Tier- oder Pflanzenstudie, aus einem Stillleben, aus einem Tierbildchen die bürgerliche Klassengebundenheit des Künstlers herauslesen? Aber blicken wir tiefer. Wer schafft derartige Dinge? Ein Arbeitsloser, ein arbeitender Mensch, der unter der Fuchtel des Kapitals steht? Sind das die Probleme, die ihn berühren, erregen, aufregen? Keineswegs. Diese Kunst wird von Menschen geformt, die sich dagegen sträuben, das Leben in seiner ganzen Härte und Kraßheit zu sehen. Die aus der rauhen Wirklichkeit ins Reich der Romantik flüchten; die sich betäuben und andere ablenken wollen. Sie fürchten sich davor, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen, weil sie an sich selbst, an ihrem Schaffen irre werden müssen. Das ist ihre Ideologie und die des Bürgertums, des mittelständischen Kleinbürgers von heute. Mithin ist ihre Kunst eine klassenmäßig bedingte Kunst.

Diesen bürgerlich gebundenen Künstlern steht eine andere Gruppe schroff gegenüber, eine Gruppe, die der Gegenwart offen ins Gesicht schaut, ihre Fehler und Mängel aufzeigt, die sich nicht als klassengelöste Künstler bezeichnen, die Gruppe der Künstler des Proletariats. Und ihnen gegenüber zeigt es sich, wie sehr alle Worte der bürgerlichen Künstler nichts als leeres Gerede sind, wie diese bürgerlichen Interessensvertreter sehr wohl den klassenbedingten Charakter ihres Schaffens erkannt haben. Die Werke ihrer revolutionären, proletarischen Kollegen werden aus Konkurrenzneid, aus Furcht vor der Wahrheit als unkünstlerisch abgelehnt, diffamiert. Nicht nur in diktatorisch-faschistischen Ländern, sondern auch in unserer „vollkommensten“ aller Demokratien.

So wurden kürzlich in Berlin aus der dortigen Sezession der Künstlerschaft über vierzig Werke der proletarischen Künstler entfernt. Jetzt zeigt der „Bund revolutionärer bildender Künstler“ in Berlin seine Werke in eigenen Räumen und man kann konstatieren, welche Kluft zwischen der bürgerlichen und proletarischen Kunstauffassung besteht. Da ist nichts von „schöner“ Malerei zu entdecken. Grau und trübe wird das Leben gezeichnet, wie es sich dem arbeitenden Menschen darstellt. Kein Winkel unserer bürgerlichen Kultur, unseres bürgerlichen Lebens bleibt von dem Scheinwerfer des kritischen Künstlers unbeleuchtet. Schonungslos wird der Zeit der Spiegel vors Gesicht gehalten und eine scheußliche Fratze grinst ihr entgegen. Es ist kein Wunder, daß diese Werke aus der guten Stube der bürgerlichen Kunst verbannt wurden. Sie hätten den ehrsamem Bürger wirklich zu sehr erschrecken können. Da hätte er vielleicht doch noch verstehen gelernt, daß unsere mit dem Geschwür des Kapitalismus, der

durch ihn ausgehaltenen Kirche, Faschismus, Prostitution und Elend behafteten Erde doch noch nicht die beste aller Welten ist. Da könnte er vielleicht angesichts der Welt, wie sie ist, aktiv werden und sich in die Front derer einreihen, die etwas zu ihrem Umbau unternehmen wollen. Und das darf doch nicht der Zweck der „reinen“ Kunst sein. Sie soll den Menschen „veredeln“ und von der irdischen Misere ablenken. Weil die Kunst die Mängel des Bestehenden verdeckt oder

aufzeigt, um sie überwinden zu helfen, deshalb ist die Kunst eine Waffe im Klassenkampf und deshalb hat und wird keine der Klassen in Vergangenheit und Gegenwart auf dieses wichtige Kriegsmittel verzichten.

G. Freund.

(Die Ausstellung des „BBBK“ findet in Berlin, Klosterstraße 25, statt. Sie ist bei freiem Eintritt von 10-18 Uhr bis zum 23. Oktober geöffnet.)

## Bauhaus in Berlin

### Ein Fabrikgebäude gemietet

Gestern ist die endgültige Entscheidung über die Zukunft des aus Dessau vertriebenen Bauhauses gefallen. Professor Mies von der Rohe, der Leiter des Instituts, hat, seiner Ankündigung gemäß, das Bauhaus nach Berlin zu verlegen, neue Räume gemietet. Das Bauhaus wird in die Gebäude der ehemaligen Telefonfabrik Berliner AG in der Birkbuschstraße, Ecke Siemensstraße, in Steglitz verlegt.

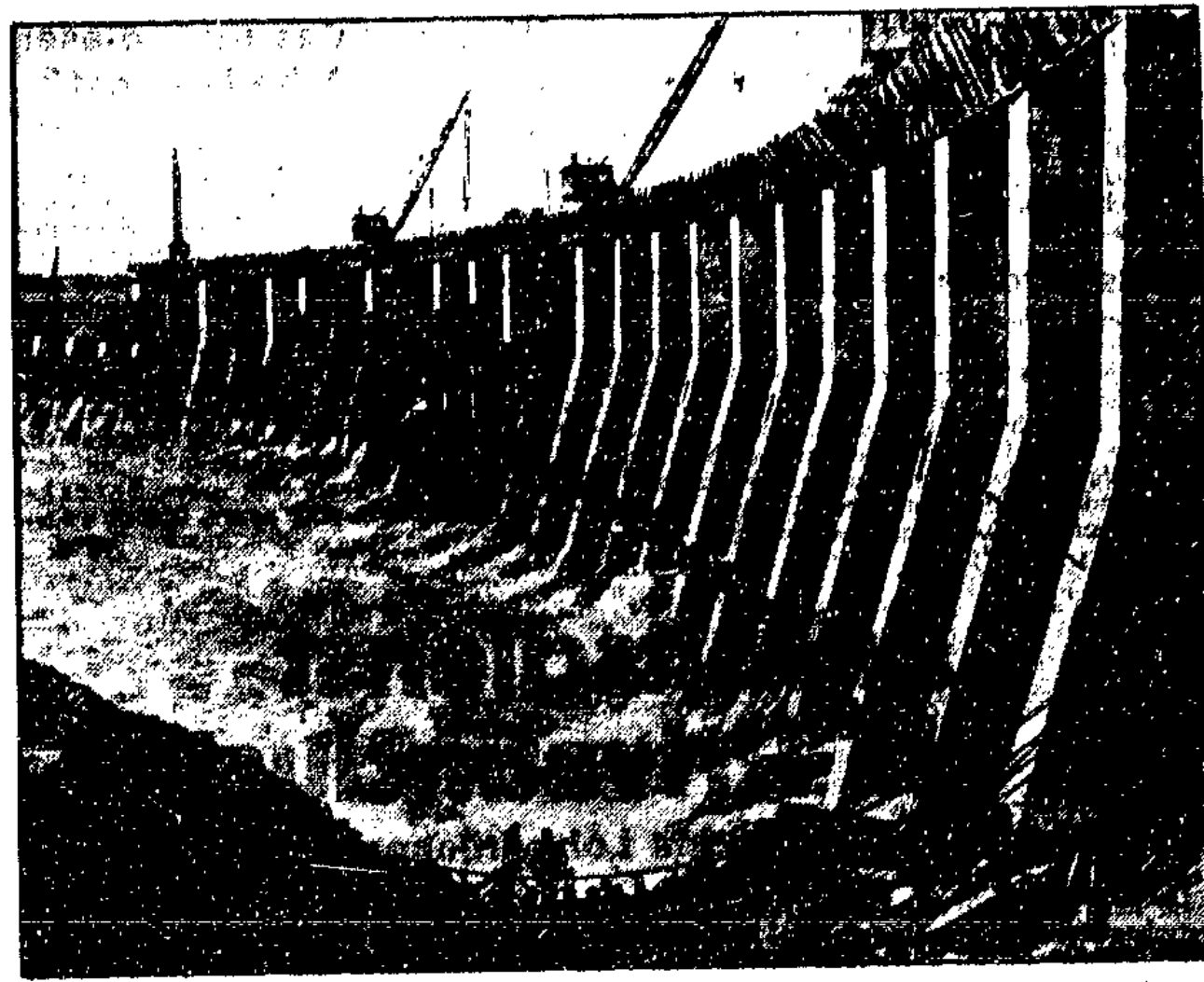
Die Wahl fiel schließlich auf zwei große Fabrikhallen, die der Telefonfabrik Berliner gehörten, bis das Werk im Frühjahr dieses Jahres stillgelegt wurde. Das Bauhaus hat jetzt zwei Hallen gemietet, die miteinander verbunden sind. Es wird in ihnen zwölf Säle

einrichten, deren jeder achtzig bis hundert Quadratmeter umfassen soll.

Die Handwerker, die die nötigen Wände ziehen, werden sofort an die Arbeit gehen. Professor Mies von der Rohe hatte beim Abschluß der Bauhaus-Tätigkeit in Dessau in einer Rede vor den Bauhaus-Schülern angekündigt, daß der Beginn des Studiums in dem neuen Bauhaus in Berlin am 18. Oktober erfolgen sollte.

Einen Schaden erleidet die Stadt Dessau, die mit dem alten Bauhausgebäude nichts anfangen kann und noch einer Anzahl von Lehrkräften, die langfristige Verträge hat, Gehälter zahlen muß. Den Plan, eine Arbeitsdienstkaserne in das Bauhaus zu legen, hat man wieder fallen gelassen.

## Dnjeprostroj wird eingeweiht



Teilansicht des 750 m langen Staudammes bei Dnjeprostroj. Die Sowjet-Union feiert jetzt die Vollendung des riesigen Elektrizitätswerkes bei der neuen Stadt Dnjeprostroj (am Dnjepr in Südrußland). Das Werk, das eine Energiemenge von 720 000 PS liefert, vermag ein riesiges Gebiet von 80 000 Quadratkilometern, also so groß wie ganz Bayern, mit Strom zu versorgen (siehe Bericht auf Seite 1)

## Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman  
VON THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50  
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Vervielfältigung und der Verbreitung, vorbehalten.

Auf dem Kasernenhof formiert sich der Demonstrationzug aufs neue.

Der aus fünf Arbeitern und fünf Soldaten zusammengesetzte A- und S-Rat übernimmt die weitere Führung. Die beiden Flügel des Kasernenhofes werden geöffnet. Unter den Klängen der Regimentskapelle marschiert die Demonstration vom Hof herunter, die mit Maschinengewehren bestückten Lastautos an der Spitze; Richtung Lehrter Bahnhof und Zellengefängnis Moabit.

Laukant fährt in den Reichstag, um vom Vorstand der USP Instruktionen einzuholen.

Zur selben Stunde steht der Sozialdemokrat Otto Wels auf dem Hof der Alexanderkaserne. Eine Abordnung der Naumburger Jäger war morgens ins „Vorwärts“-Gebäude gekommen, um einen Führer der Sozialdemokratischen Partei zu holen, der das Bataillon über die politische Lage aufklären sollte. Wels ging mit den Jägern.

Er steht auf dem Kasernenhof, oben auf einem Krüppelwagen.

Über die Friedensbemühungen der Regierung hat er gesprochen, über die Forderungen des Präsidenten Wilson, über den notwendig gewordenen Thronverzicht Wilhelms II. Der Kaiser müsse abdanken; nur so werde der Weg zum Frieden frei. Das Zögern des Kaisers koste täglich Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

Wels denkt an Ebert, der sich noch gestern der Bewegung entgegenstemmte, der noch in der Nacht Scheidemann veranlaßte, die sozialdemokratischen Arbeiter aus den Betrieben zum Warten zu ermahnen, und der noch

heute größte Zurückhaltung verlangt hat. Es geht ihm durch den Kopf, daß er vielleicht eine gefährliche Politik betreibt; ganz allein steht er hier, auf dem erhabenen Standort eine nicht zu verfehlende Schießscheibe.

Wels blickt die Reihen der in tadelloser militärischer Ordnung angetretenen Soldaten entlang, er sieht die Offiziere abwartend neben der Front stehen, und er würde sich nicht wundern, eine schneidende Kommandostimme zu hören:

„Schluß jetzt damit! Feldwebel, führen Sie den Mann ab...“

Aber er kann nicht mehr abstoppen. Die Situation fordert eine klare Sprache.

Und Wels war einmal Tapezierergeselle, einmal war auch er Rekrut in einer preußischen Kaserne. Er kennt den Geruch in den Gängen und Stuben. Er kennt den Kasernenhof beim Exerzieren. Er weiß um die unzähligen Demütigungen und Schimpfworte, die hier erduldet wurden.

Generationen lagen hier im Dreck. Die Jahrgänge, die durch das Kasernenrot einzogen, wurden gedrillt, bis der letzte Rest Selbstbewußtsein in ihnen niedergedrückt war und sie als gehorsame Soldaten zur Reserve entlassen werden konnten. Auf den Karrees der Kasernenhöfe wurde der willenslose Untertan geschaffen, das Kanonenfutter für den Weltkrieg.

Der Tapezierer Wels hat unter dem System gelitten, der Agitator Wels hat gegen das System gewettert, der Abgeordnete Wels hat das System gestützt. 1914 ist die Sozialdemokratie in die allgemeine Kriegsfrente eingeschwenkt wie ein preußisches Regiment. Da hat es manches gegeben, worüber Wels den Kopf geschüttelt hat und dessen Notwendigkeit ihm akademisch gebildete Genossen erst klar machen mußten. Aktive Politik verpflichtet eben, und mit dem Hineinwachsen in die Staatsinteressen muß man manches alte Ideal preisgeben.

Das hat Wels eingesehen.

Aber diese eine Stunde wenigstens gehört ihm.

Er spricht wie früher, da er noch glaubte,

daß nicht eine Handvoll Politiker, sondern das revolutionäre Volk Entscheidungen zu treffen habe. Er spricht über den Aufstand der Matrosen, über die Arbeiter in Hamburg, Hannover, München, die sich der Bewegung bereits angeschlossen haben... und keiner der Soldaten bezweifelt, daß diese Bewegung und die Sozialdemokratie ein und dasselbe sind.

In schnellen Sätzen drängt Wels zur Entscheidung:

„...so kann es unter keinen Umständen weitergehen. Die Bewegung ist nicht aufzuhalten. Es ist Pflicht, den Bürgerkrieg unter allen Umständen zu verhindern. Ich frage nicht, welcher Partei ihr angehört. Wenn ihr wollt, daß das Volk in Zukunft sein Schicksal selbst bestimmen soll, dann stellt euch der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung.“

Bekräftigt das durch den Ruf: Es lebe der Friede!

Die an Befehle gewohnten Jäger bleiben stramm stehen. Nur die fremden Soldaten, die während der Rede am Tor gestanden haben, kommen über den Hof und drängen sich in losen Gruppen an die angetretene Formation.

„Es lebe der Friede!“ wiederholt Wels.

„Friede!“ hallt es jetzt zurück.

„Hoch der freie Volksstaat!“

„Hoch!“ fallen die Jäger ein.

Wels hat gewonnen. Die Jäger lösen sich aus ihrer starren Formierung sie umdrängen den Wagen und helfen ihm herunter. Die Offiziere, die schweigend zugehört haben, ziehen sich zurück. Eine Soldaten-Abordnung erklärt, daß das Bataillon sich der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stellt.

Und Wels ist nicht nur Volksredner, er ist auch ein Organisator.

Kurze Zeit später marschiert er an der Spitze einer Abteilung von 60 Jägern aus der Alexanderkaserne nach der Lindenstraße ab und stellt das Vorwärtsgebäude unter den Schutz der von einem Feldwebel befehligten 60 Mann.

„Dieses sinnlose Warten!“ stöhnt der Kanzler.

Bei ihm sind Dr. Simons, Wahnschaffe und v. Prittwitz.

## Säuglinge für Autarkie

Im Internat der Klosterschule zu Weid am Harz, haben die Zöglinge, etwa 100 an der Zahl, ein Bekenntnis wahrhaft edler und lauterer Gesinnung abgelegt, daß sich wert macht bei allen aufrecht Deutschen den Glauben an die moralische Gesundung der Jugend wieder zu erwecken. Als vor einiger Zeit nach der Mahlzeit jeder Schüler zum Nachtisch einen schönen dicken Apfel bekam, den gewiß jeder Junge ungerne verschmäht, haben sich alle gewelgert, den Apfel zu essen. Zwar übten sie sich nicht wie der heilige Augustin im Kasteten, und hielten den Apfel auch nicht für eine Anfechtung des bösen Feindes, sie hatten festgestellt, daß es amerikanische Äpfel waren, und weil sie sich als deutsche Jungen fühlten, glaubten sie nur deutsches Obst essen zu dürfen. Die „Evangelische Frauenzeitung“, die hierüber ihren Lesern berichtet, stellt nun der Jugend ein Zeugnis echter deutscher Gesinnung aus.

Lieb Vaterland magst ruhig sein. Es ist allerdings eine alte Erfahrung: Hunde lassen selbst Knochen liegen, wenn man sie darauf abrichtet.

## Absturz eines Förderkorbs

### 19 Bergleute tot

Leigh (Lancashire), 10. Oktober.  
In einem hiesigen Bergwerk ist ein Förderkorb mit Insassen abgestürzt. Man befürchtet, daß 15 Personen getötet wurden.

Beim Absturz eines Förderkorbes haben 19 Bergleute ihr Leben eingebüßt.

## Vier neue Erdstöße auf Chalkidike

Athen, 10. Oktober.  
Auf Chalkidike wurden gestern früh wiederum vier Erdstöße verspürt. Der Erdstoß in Saloniki um 8 Uhr 35 Minuten war ziemlich heftig und hat unter den Einwohnern neue Unruhe hervorgerufen.

## 49 Zuschauer eines Fußballwettkampfes verletzt

Messina, 10. Oktober.  
Ein schwerer Unfall ereignete sich hier am Sonntag bei einem Fußballwettkampf im neuen Stadion. Zahlreiche Zuschauer hatten sich auf den Dächern der an das Stadion grenzenden Gebäude eingefunden, um dem Spiel beizuwohnen. Plötzlich stürzte ein Schuppen ein, auf dem sich etwa 250 Personen befanden. 49 Personen wurden verletzt, sechs von ihnen schwer.

## Salpeter aus Meerwasser?

Oslo, 10. Oktober.  
„Morgenbladet“ meldet heute, daß es einem jungen norwegischen Chemiker der Norsk Hydro gelungen sei, aus dem Meerwasser Salpeter zu erzeugen, eine Entdeckung, die nach Meinung des Blattes eine grundlegende Umwälzung der bisherigen Verfahren herbeizuführen geeignet sein soll. Ihre Einzelheiten werden geheimgehalten und auch der Name des Entdeckers wird nicht bekanntgegeben. Die Norsk Hydro, die sich das Verfahren in der ganzen Welt patentieren ließ, unternimmt zur Zeit großangelegte Versuche in der Provinz Telemark.

## Werbt Abonnenten

„Und es muß ja doch kommen. Wäre die Abdankung gestern herausgekommen, hätten wir die Monarchie noch retten können.“

„Ich habe mit Herrn v. Hintze gesprochen!“

„Vorher hat Graf Schulenburg angerufen!“

„Auch General Groener war am Telefon!“

„Alle sagen dasselbe. Die Entscheidung stehe bevor, der Kaiser gehe bestimmt. Wir sollen uns nur noch etwas gedulden.“

„Das hören wir nun schon seit drei Tagen!“ Gebeugt sitzt der Kanzler am Schreibtisch. Sein Gesicht ist verfallen von der kaum überstandenen Krankheit und von den Aufregungen der letzten Tage.

„Geheimrat v. Schlieben“, meldet der Diener.

Geheimrat v. Schlieben aus dem Ministerium des Innern überbringt die dort eingelaufene Meldung, nach der große Arbeitermassen sich vom Norden her der inneren Stadt nähern. „Es wird nun alles darauf ankommen, ob es den Polizeimannschaften und den Truppen gelingt, dem Ansturm standzuhalten!“

„Eine außerordentlich ernste Lage. Nach dem Polizeibericht haben die Aufständischen die Maikaserne angegriffen. Es ist dabei auch schon Blut geflossen.“

„Ist der Bericht nach Spa durchgegangen?“

„Ich erwarte eben die Verbindung, Hoheit!“

Wahnschaffe steht auf, mit v. Prittwitz und v. Schlieben geht er ins Vorderzimmer. Dr. Simons bleibt bei dem Kanzler.

Ihr Gedanke von gestern ist richtig, Doktor. Ebert ist in dieser Situation der einzig mögliche Kanzler. Aber vom abdankenden Kaiser muß er ernannt werden, dann besteht noch eine schmale Hoffnung für die Monarchie.“

„Es muß uns gelingen, die revolutionären Energien in die legalen Bahnen eines Wahlkampfes abzulenken.“

„Aber die Abdankung muß ich dann haben!“

„Sie kann jeden Moment eintreffen. Die Nachrichten aus Spa werden schon bestimmt.“

(Fortsetzung folgt.)



# Erlebnisse im Arbeitsdienst

Von einem jungen Arbeiter

In nachstehendem bringen wir die etwas ausführlichen und unveränderten Aufzeichnungen eines jugendlichen Arbeitslosen über seine Erlebnisse in einem „freiwilligen“ Arbeitsdienstlager in Rheinland-Westfalen. Sie zeigen, zu welcher großer Gefahr der Arbeitsdienst besonders für die Jugendlichen nicht nur in wirtschaftlicher und politischer, sondern vor allem in erzieherisch-moralischer Hinsicht schon geworden ist. Wir wünschen unsere Genossen, die hier geschilderten haarsträubenden Zustände bei ihrer Propaganda gegen den Arbeitsdienst in jeder Form zu verwenden.

Die Redaktion.

## 1. Ein Schreiben des Arbeitsamtes

Hagen, den 10. August 1932.

Betreff: Freiwilliger Arbeitsdienst für Abiturienten.

Durch die letzte Verordnung... sind wir in der Lage, eine Anzahl Abiturienten in den freiwilligen Arbeitsdienst einzustellen. Es handelt sich um eine freiwillige körperliche Arbeitsleistung, verbunden mit Fortbildungsmöglichkeiten verschiedener Art und nach Wunsch der Teilnehmer. Jeder Teilnehmer erhält pro Wochentag 2,- RM. als Unterstützung ausbezahlt (I), wovon jedoch bei Unterbringung mit Kost und Wohnung ein angemessener (II) Satz in Abzug gebracht wird. Die Unterbringung erfolgt nach Art der Jugendherbergen in einer geschlossenen Abiturientengruppe. Da der freiwillige Arbeitsdienst eine Einrichtung zur geistigen und sittlichen Erziehung (I) der arbeitslosen und berufslosen Jugend ist, steht die Pflege des Gemeinschaftsgeistes und die Einordnung in das vorgeschriebene Arbeitsprogramm im Vordergrund usw. usw. Der Arbeitsamtsdirektor.

Welcher seit Jahr und Tag arbeitslose, hungernde und an Kleidung abgerissene junge Arbeiter wäre auf solch ein so vielversprechendes Schreiben hin nicht zum Arbeitsdienst gefahren? Wohl alle hätten bejahend geantwortet, denn hier konnte man nichts von Lohndrückerei, von militaristischen Maßnahmen, und von Ausbeutung herauslesen. Also schrieb auch ich hin, und im folgenden werde ich den Betrug aufzeigen, den man an uns wissentlich oder unwissentlich verübt hat.

## 2. Ankunft und Besichtigung der Unterkünfte!

An der Arbeitsstelle angelangt, wurden wir vom Schriftführer des Lagers aufgenommen und konnten die erste Unterkunft des Lagers anschauen. Der Anblick war so grauhaft schmutzig, eng und unhygienisch, daß ich meinem Freund zuflüsterte: „In solcher Unterkunft bleiben wir aber nicht!“

Hier waren in 5 Räumen die Küche des Lagers, das Büro und 12-15 A.-F. untergebracht. Die Küche lag zuunterst. Die Decke waren Bohlen, mit einigen mm Abstand voneinander, so daß der Staub, der von den Leuten in den oberen Räumen stetig aufgewirbelt wurde, ständig in die Küche fiel. Man kann sich die Sauberkeit der Küche vorstellen.

Von hier aus führte man uns zur Unterkunft II. Früher war diese ein Schuppen, jetzt diente sie 15 A.-F. als Küche, Tagesraum und Schlafraum. Da wurde in einem Raum gekocht, geraucht, gegessen und geschlafen. Schließlich führte man uns zur „Studenten“-Unterkunft. Diese ließ sich schon eher als Jugendherberge (aber als eine der schlechtesten) bezeichnen. Hier waren in einer 4-Zimmerwohnung 15 A.-F. untergebracht. Alles war einwandfrei bis auf die Schmutzigecke, es wurde nur der Strohsack gestellt, alles andere mußte man mitbringen. Die Waschgelegenheit? Man wusch sich in einem Waschnapf unter blauem Himmel. Und die Toilette? Die Höflichkeit verbietet, darüber zu sprechen. Wir dachten aber, wenn dieses ausgebaut ist, könnte man darin leben, aber... Nichts wurde besser, nur nach 8 Tagen lagen wir mit 30 Mann in der Unterkunft, wie Heringe zusammengepfercht.

## 3. Wie war das Arbeitsprogramm, die Fortbildungsmöglichkeit?

Eines davon war reichlich da: Arbeit. Das andere habe ich nicht gesehen. Arbeitszeit von 7-9, von 9<sup>1/2</sup>-12, von 12<sup>1/2</sup>-1<sup>1/4</sup> Uhr. Grabarbeiten im Schlamm, bis an die Waden

im Wasser (ohne Stiefel), mit Anschauzeilen von seiten der Zugführer, wenn sie melaten, man schaffe zu wenig.

Und nach Pelerabend? Arbeit. Entweder Holz sägen und hacken, Kartoffeln schälen, Holz hauen im Wald und einmal durfte ich sogar mithelfen nach Pelerabend das Locos säubern. So kam es, daß man in der ganzen Woche kaum Zeit fand Unterhaltungslektüre zu lesen. Wo blieb da die Fortbildung?

## 4. Zugführer u. Kameraden

Der Zugführer unserer Abiturientengruppe war ein SA-Mann. Er wußte nichts von Bildung, dafür konnte er die neuesten und sautigen Witze. An der Arbeitsstelle der größte Schnautzer, in der „Kaserne“ die größte Sau. Mit seinen schmutzigen Witzchen suchte er dann die Leute, die er auf der Arbeitsstelle anschautzte, für sich zu gewinnen, um höher zu kommen. Unsere Arbeitskameraden waren zum größten Teil Nazis und Stahlhelmer. Nur unter den Nichteingesetzten waren auch Kommunisten. Mit Nazis und Stahlhelmer kann man ja am besten alles machen. Man erzog in dem Lager den Typ des Schmierers. Das stellte sogar ein radikaler nationalsozialistischer Student fest.

## 5. Wie war es mit Geld und Kost?

Morgens Brot mit Rübenkraut, Frühstück Brot mit Rübenkraut, Mittag Linsen, Bohnen, Erbsen, Graupen, Kaps alles mit Mettwurst. 5 mal in der Woche zu Mittag: Mettwurst. Nachmittag: Brot mit Rübenkraut. Abends: Brot mit Wurst. Und 1 mal in der Woche halb rohe Scheiben und 1 mal Reissuppe. Dafür zahlten wir pro Tag 1,20 RM.

Jeden Samstag bekamen wir 4,80 RM. ausbezahlt. Davon sollte man sich Arbeitsschuhe, Stiefel und Arbeitszeug anschaffen. Weil das kein Mensch konnte, werden jetzt von den 4,80 RM. noch 2,40 RM. einbehalten. Wenn jetzt genug Geld für Stiefel etc. eingespart ist, so bekommt sie der A.-F. Seine Löhnung beträgt jetzt noch bares Geld 0,30 Pf. am Tage, Stundenlohn: 3 Pf.

## 6. Was wird dafür geschafft?

5 Meter Böschung je nach Bodenbeschaffenheit in 1/2 oder 1 Tag. 5 Meter Graben je nach Bodenbeschaffenheit 1/2-1<sup>1/2</sup> Meter tief in 3-4 Tagen. 60 Karren Dreck in einem Tag fahren. Man sieht, das ist doch immerhin etwas für 3 Pf. die Stunde. Wenn man weniger schafft ist man ein Faulpelz, Kamel und ähnliches aus dem Lexikon des Kasernenhofes. Neuerdings werden von Ar-

beitsamt Kommissare angestellt, die die Leistungen der Lager zu überwachen haben. Die finden das alles in Ordnung.

## 7. Exerzieren

Das wertvollste hatte ich bald vergessen. Jeden Dienstag und Donnerstag hatten die Kameraden 1 Stunde marschieren zu lernen. „Staatdienst!“ „Rührt euch!“ auf eine halbe Stunde. Dann unter der Naziführung marschieren nach Nazikommando. Auch der Feldwebel war da. „Die Reihe sieht aus wie ein Ochsenpfl!“ „Sie da vortreten, 10 Kniebeugen.“ „Sie da, einmal um die Weidel!“ „Nicht so eng das zweite Gild am ersten stehen, wir sind doch hier keine Amschlecker.“ „Um Sie doch für eine halbe Stunde die Hand von der Pfeife.“ Rechte Kasernenhofblüten.

## 8. Wie wir Schluß machten

Jeder kann sich denken, daß bei solch einem Betrieb viel gemeutert wurde. Tot nun einer den Mund auf, so konnte er damit rechnen, daß er in nächster Zeit flög. Gegen solche Entlassungen stemmte sich ein Zugführer (Kommunist natürlich) bis er eines Tages entlassen wurde. Doch sein Zug forderte energisch die Wiedereinstellung und drohte mit Streik. Der ganze Zug wurde entlassen. Daraufhin streikte unser ganzes Lager, auch die Nationalsozialisten. Von 250 Mann arbeiteten noch 6 weiter. Man löste unser ganzes Lager auf, und wir sind so den ganzen Schwindel los, nachdem noch einmal bewiesen worden ist, daß Arbeiter zu Arbeiter steht, wenn er wirtschaftlich bedroht ist und der Nazi-Arbeiter selbst gegen eigene Führer in solchen Augenblicken Front macht.

## 9. Was war das nun, dieser freiwillige Arbeitsdienst?

Nach dem Erzählten kann sich jeder selbst die Antwort geben. Ich will nur noch einiges anführen. Ein SA-Scharführer sagte in meiner Gegenwart: „Im Silscheder Lager (ein uns benachbartes A.-F.-Lager) wird noch Dienst gekloppt. Da bilden wir unsere Jungens so richtig aus!“ Unser oberster Führer ließ uns einmal in durchnässten Kleidern 2 Stunden lang in strömendem Regen exerzieren. Der Stahlhelmbauer, auf dessen Holz wir lagen, titulierte uns als Feiglinge, weil wir mitgestreikt hatten. Er wäre eher im Graben verreckt als hinter dem roten Bruder hergelaufen.

Das alles ist Kasernenhofdunst. Mit den F.-A.-D. erzieht man sich eine Streikbrecherarmee und neues Kanonenfutter.

# Arbeitsdienst für die Privatindustrie

Die Jungarbeiter sollen als Lohndrücker in die Betriebe

In der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, „Der Arbeitgeber“, nimmt unter dem Thema „Die arbeitslose Jugend von heute ist die Belegschaft von morgen“ der mit 800 000 Mark Jahresgehalt ausgestattete Siemens-Direktor und Vorsitzende des Verbandes der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Köttgen Stellung. Seine Ausführungen bilden den Abschluß einer Artikelserie, an welcher sich auch der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Reichskommissar für den „freiwilligen“ Arbeitsdienst, Dr. Syrup, beteiligt hat.

Köttgen kommt in seinem Artikel über die Bedeutung der arbeitslosen Jugend als der zukünftigen Belegschaft zu dem Schluß, daß, um die Erhaltung des Berufswissens der jugendlichen Arbeiter zu gewährleisten, die Starrheit tariflicher Lohnbestimmungen für ausgebildete Jugendliche beseitigt werden müsse, um den heutigen Verhältnissen angepaßt zu werden. Er sagt wörtlich:

„Allen Bestrebungen, durch Werkstattarbeit oder Beschäftigung im Arbeitsdienst (von Freiwilligkeit ist hier keine Rede mehr) die jugendlichen Leute zu erfassen, ist unbedingt Vorrang zu geben.“

Am Schlußsatz seiner Ausführungen stellt er fest, daß an diesem Werk, nämlich der Werkstattarbeit und dem Arbeitsdienst „der jungen Leute“, die deutsche Industrie nach ihren Kräften mithelfen wird.

Diese Schlußfolgerungen, die unter rein kapitalistischen Gesichtspunkten hier in aller Offenheit gezogen werden, verwundern an sich nicht, da ja diese Pläne zur Genüge bekannt sind. Neu ist aber an den Bestrebungen, daß außer der Beschäftigung im Arbeitsdienst der Verwendung auch in der Werkstattarbeit der Privatindustrie das Wort geredet wird. Es ist hiermit der Beweis erbracht, daß alle Tiraden darüber, daß der freiwillige Arbeitsdienst nicht dort angesetzt werden soll, wo der erwachsenen Arbeiterschaft Konkurrenz erwachsen könnte, eben nur leere Worte sind, hinter denen sich die gefährlichsten Pläne verborgen. Die Wirkung dieser Vorschläge von Köttgen müßte sein, daß zwar „die jungen Leute“ in die Betriebe kämen, jedoch als mit Kullilöhnen abgespeiste Zwangsarbeiter, die alle erwachsenen Tariflohnarbeiter überflüssig, d. h. arbeitslos machen müßten.

Die Schlußfolgerung aus dieser Erkenntnis ist scharfer Kampf jeder Form des Arbeitsdienstes. Denn die Pläne der Unternehmer zeigen, daß Absichten vorhanden sind, eine reguläre Lohndrückerarmee heranzubilden.

## „Freiwilliger“ Arbeitsdienst des Stahlhelms

Am 12. September hat der Stahlhelm in der Kolonie Brand in der Gölitzter Heide ein Arbeitslager des freiwilligen Arbeitsdienstes eingerichtet. Welche Zustände dort herrschen, zeigt ein Bericht eines Teilnehmers. Die ganze Aufmachung und Ordnung hat mit Freiwilligkeit nichts zu tun und zeigt deutlich, was für Zwecke und Ziele der Stahlhelm dabei verfolgt. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden, von 7 Uhr bis 15,30 Uhr täglich. Anfang Unterbrechungen der Arbeit, Arbeitende, Eisenempfang usw. erfolgen unter Stromstichen und militärischen Kommandos. Der Umgang mit „Vorgesetzten“ geht in militärischer Form vor sich. Pflichtgemäß muß jeder des Nachts abwechselnd das Lager bewachen. Trotzdem mußte der Wachthabende des Morgens zur Arbeit erscheinen. Die Verpflegung war völlig ungenügend. Der Teilnehmers hat in drei Wochen fünf Pfund abgenommen. Wie miserabel die Verpflegung und Behandlung gewesen sein muß, zeigt deutlich die Tatsache, daß schon in der ersten Woche sieben Stahlhelmer, also die eigenen Leute, sich dünne gemacht haben. In den darauffolgenden Wochen verließen je zwei Mann das Lager. Die Entschädigung betrug 3 Mark von 12 Mark. Das andere teilt sich auf in „Ersparnis“ 2 Mark, Kost und Wohnung 6 Mark usw. Nach Ansicht des Beteiligten entsprechen die Aufwendungen nicht zu 50 Prozent den veranschlagten und zur Verfügung stehenden Mitteln.

## „Pflicht tun, Maul halten“ fordert der freiwillige Arbeitsdienst

Durch das Arbeitsamt in Orfisdorf wurden eine Anzahl jugenderwerbslose nach Ducherow für den freiwilligen Arbeitsdienst vermittelt. Es sollte ihnen dort neben frei Essen, Unterkunft und Arbeitskleidung ein wöchentliches Taschengeld von 2,50 Mk. gewährt, außerdem eine Mark pro Woche gespart und nach 20 Wochen ausgezahlt werden. Nach ihrer Ankunft mußten die jungen Leute dann bald feststellen, daß sie — obgleich man mehrmals am Tage mit ihnen belehrte — beschwindelt waren.

Der Leiter des Arbeitslagers eröffnete ihnen, daß sie nicht den ihnen versprochenen Betrag, sondern 1,80 Mark und kein Spargeld erhalten würden. Da man den Arbeitsfreiwilligen auch noch keine Arbeitslosen gegeben hatte und ihnen zumutele, in ihren eigenen Hosen zu arbeiten (darunter junge Kaufleute, die keinen eigenen Arbeitsanzug besitzen und ihren letzten Straßenzug auf dem Leibe hatten), bemächtigte sich der jungen Leute eine Empörung, in der einer den Lagerleiter fragte, ob denn nur der Grundsatz gelte: „Bel' und arbeit!“ Darauf bekam er die Antwort: „Nein, hier heißt es: Seine Pflicht tun und das Maul halten!“

Einige Jungarbeiter erkannten aus dieser Behandlung, daß sie nur als Ausbeutungsobjekte mißbraucht werden und zogen aus diesem Vorgang die einzig richtige Konsequenz, indem sie sofort abreisten.

## Kapitalistischer Zusammenbruch überall

WTB. Die britische Schifffahrtskammer beabsichtigt, demnächst eine Konferenz abzuhalten, um über die schwere Krise in der Industrie zu beraten. Die Tonnage der in fremden und heimischen Häfen aufgelegten britischen Schiffe erhöhte sich, wie Shipping World berichtet, in den letzten 6 Monaten um 588 165 Brutto-Register-Tonnen. Gegenwärtig seien 665 britische Schiffe mit insgesamt 3 680 437 Brutto-Register-Tonnen, d. h. jedes vierte Schiff aus dem britischen Register, aufgelegt. Darunter befinden sich auch viele Passagierdampfer, obwohl ein Teil immer noch zu kurzen Vergnügungsfahrten verwendet wird.

Hunderte von Millionen Menschen in allen Ländern der Erde hungern, ihnen fehlen Wohnung, Kleidung, Schulen, Verkehrsmittel usw. Die heutigen Schiffe würden längst nicht ausreichen, um all die Waren zu befördern, die zur Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse der Massen notwendig sind. Aber weil es im Kapitalismus nicht nach Bedarf, sondern ausschließlich nach dem Profit geht, deshalb verfaulen die Nahrungsmittel an den Erzeugungspätzen und die Schiffe in England und allen kapitalistischen Ländern verrotten untätig in den Stapelhäfen.

Kapitalistische, christliche Ordnung!

## So urteilen

# ausländische Sozialisten

über das „Rote Gewerkschaftsbuch“:

Der schweizer sozialdemokratische „Freie Aargauer“ schreibt:

„Die stärkste Waffe, welche die Arbeiterklasse noch zum Einsatz bringen könnte, ist die gewerkschaftliche Organisation. Aber diese muß im Kampf gegen den Kapitalismus verwendet werden. Und das war ja leider in den letzten Jahren in Deutschland nicht der Fall. Dies zeigt das „Rote Gewerkschaftsbuch“ mit aller Deutlichkeit auf. Es ist getragen von der Sorge um das Los der Arbeiterklasse. Von der Sorge darum, daß die Gewerkschaften ihren Platz im Befreiungskampf der Arbeiterklasse bewahren und daß sie zu jener Masse werden, mit der zielbewußt gekämpft werden kann.“

Gerade die jetzigen Abwehrkämpfe der Arbeiter gegen das Lohnabbauakt zeigen die große Bedeutung der Gewerkschaftsfrage. Jeder Arbeiter muß darum

## das „Rote Gewerkschaftsbuch“

lesen. Zu beziehen durch unsere Literatur-Vertriebsleute oder direkt von der

Freien Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16